

Bevölkerungsforschung Aktuell

Analysen und Informationen aus dem Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung

Ausgabe 5 ● 2015 36. Jahrgang

Liebe Leserinnen und Leser,

Ende 2013 lebten in Deutschland etwa 17 Millionen Menschen, die 65 Jahre oder älter waren. Damit zählte ungefähr jede(r) Fünfte in Deutschland zur Generation 65+. Im europäischen Vergleich war dies der zweithöchste Anteil älterer Menschen – nur noch überboten von Italien.

In der aktuellen Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes wird davon ausgegangen, dass im Jahr 2060 bereits jede(r) Dritte in Deutschland mindestens 65 Jahre alt sein wird. Ein großer Teil dieser Altersgruppe versteht den Ruhestand keineswegs wörtlich. Immerhin hat sich die Zahl der 65- bis 69-Jährigen, die noch einer Erwerbstätigkeit nachgehen, innerhalb von neun Jahren mehr als verdoppelt: Nach den Angaben des Mikrozensus waren 2005 noch 6 % dieser Altersgruppe erwerbstätig. Dieser Anteil ist im Jahr 2014 auf 14 % angestiegen. Hier stellt sich die Frage, welche Motive die Älteren leiten, im Ruhestand weiter aktiv zu arbeiten. Sind es schlichtweg ökonomische Zwänge oder zum Beispiel der Wunsch, sich noch in die Gesellschaft einzubringen und so selbst fit zu bleiben? Die Antworten auf diese Fragen sind vielschichtig, wie Andreas Mergenthaler in seinem Beitrag beweist.

Darüber hinaus sind ältere Menschen (wie zum Beispiel beim bürgerschaftlichen Engagement) heute sehr viel aktiver als noch vor wenigen Jahren. Das zeigt die aktuelle Studie "Transitions and Old Age Potential (TOP)" des BiB.

Allerdings gibt es eine Gruppe von Älteren, die kein Interesse an bürgerschaftlichen Aktivitäten äußert und ihren Ruhestand weitgehend inaktiv verbringt. Deren Motive und Einstellungen wurden in der Forschung bisher kaum untersucht. Daher liefert Frank Micheel im zweiten Beitrag aktuelle Befunde, um diese Forschungslücke zu schließen.

Dr. Evelyn Grünheid, Forschungsdirektorin BiB

Ungleiche Potenziale: Erwerbstätigkeit jenseits der Regelaltersgrenze bei (ehemaligen) Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern

Das "dritte Alter" bezeichnet die nachberufliche Lebensphase, die sich in den letzten Jahren für viele Menschen gewandelt hat. So ist das "junge Alter" zum Synonym einer veränderten Lebenswirklichkeit geworden, die die wissenschaftlichen Diskussionen um das Älterwerden seit geraumer



Zeit prägt. Daher werden in stärkerem Maße die Kompetenzen und Potenziale dieser Altersgruppe in der Familie, in der Zivilgesellschaft aber auch in der Wirtschaft betont. Vor dem Hintergrund einer tendenziell schrumpfenden Zahl von Erwerbspersonen wird das Hinauszögern des altersbedingten Ausstiegs aus dem Arbeitsmarkt als eine wesentliche Strategie im Umgang mit den Folgen des demografischen Wandels verstanden. Viele Unternehmen nutzen diese Möglichkeit bereits. Zudem hat auch die Rentenpolitik auf diese Entwicklung reagiert und sich aktuell auf eine zunehmende Förderung der Arbeitsfähigkeit sowie der Produktivität älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer konzentriert. In diesem Zusammenhang beleuchtet der Beitrag auf der Basis der BiB-Studie "Transitions and Old Age Potential (TOP)" die Arbeitsmarktbeteiligung älterer Menschen nach dem Eintritt in den Ruhestand. — Seite 2

Kein Interesse am Engagement? Aktuelle Befunde zu nichtaktiven älteren Personen im bürgerschaftlichen Kontext



Obwohl die Zahl der älteren Menschen, die sich in ihrem Ruhestand aktiv am ehrenamtlichen Engagement beteiligen, angestiegen ist, befinden sich die nichtengagierten Personen nach wie vor in der Mehrheit. Es handelt sich hier um eine Gruppe, die in wissenschaftlichen Analysen bisher nicht systematisch berücksichtigt wurde. Dies gilt auch für die Erschließung ihrer

Potenziale im Alter. Dabei ist es von Interesse, ob diese Personen sich nicht beteiligen möchten, es nicht können oder keine Nachfrage besteht. Der Beitrag setzt genau an diesen Fragen an und liefert auf der Grundlage eines aktuellen Datensatzes aus der BiB-Studie "Transitions and Old Age Potential (TOP)" eine Beschreibung der Nichtengagierten. Ziel ist es dabei, eventuelle soziodemografische Unterschiede innerhalb dieser Gruppe aufzudecken. — Seite 9

Nachhaltigere Politikansätze zur Gestaltung von Flucht und Migration in den internationalen Beziehungen

Die Steuerbarkeit von Migration entlang eng definierter Kategorien von Fähigkeiten und Motiven der Migranten ("Arbeitsmigranten") ist nach den Entwicklungen der vergangenen Zeit ganz offensichtlich an Grenzen gelangt. Daher gibt der Beitrag einen Ausblick auf längerfristige Perspektiven einer möglicherweise nachhaltigen Gestaltung von Flucht und Migration und diskutiert unter anderem die bisherigen Bemühungen der Europäischen Union. \Longrightarrow Seite 17



Andreas Mergenthaler (BiB)

Ungleiche Potenziale? Erwerbstätigkeit jenseits der Regelaltersgrenze bei (ehemaligen) Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern

Das "junge Alter" ist in den letzten Jahren zum Synonym einer veränderten Lebenswirklichkeit immer mehr älterer Menschen in Deutschland geworden. Angelehnt an den Diskurs um Aktivität und Engagement in der zweiten Lebenshälfte und somit auch in der nachberuflichen Lebensphase, dem "Dritten Alter" (z. B. Laslett 1987; Carr/ Komp 2011), betont dieses neue Bild des Alterns die Kompetenzen und die Potenziale der Altersgruppen zwischen 60 und 85 Jahren in der Familie, in der Zivilgesellschaft aber auch in der Wirtschaft (BMFSFJ 2005; Tews 1991; van Dyk/Lessenich 2009; Klös/Naegele 2013). So wird eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit durch ein Hinauszögern des altersbedingten Ausstiegs aus dem Arbeitsmarkt als ein Baustein zur Kompensation einer tendenziell schrumpfenden Zahl von Erwerbspersonen und somit als eine wesentliche Strategie im Umgang mit den Folgen des demografischen Wandels verstanden und von vielen Unternehmen bereits genutzt. In diesem Zusammenhang kam es zu einer Abkehr von der Frühverrentungspolitik der 1980er und 1990er Jahre, die sich aktuell durch eine zunehmende Förderung der Arbeitsfähigkeit und der Produktivität älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auszeichnet, z. B. in Form altersgemischter Teams (Bäcker et al. 2009; Heckel 2013).

In Deutschland ist seit einigen Jahren zunehmend zu beobachten, dass ältere Menschen jenseits der Regelaltersgrenze eine Erwerbstätigkeit ausüben (Micheel/Panova 2013). Während diese Erwerbsformen in liberalen Wohlfahrtsstaaten wie den USA schon seit den 1990er Jahren unter dem Begriff "Bridge Employment" diskutiert und erforscht werden (u. a. Ruhm 1990; Feldman 1994; Davis 2003; Giandrea/Cahill/Quinn 2009; Gobeski/Beehr 2009; Beehr/Bennett 2014), handelt es sich für Deutschland um eine recht junge Entwicklung, die erst seit den letzten Jahren in der deutschsprachigen Ruhestands- und Alternsforschung aufgegriffen wurde (Micheel/Roloff/Wickenheiser 2010; Hofäcker/Naumann 2015; Hochfellner/Burkert 2013; Scherger 2013). Erwerbsarbeit im Ruhestand polarisiert den öffentlichen und politischen Diskurs und verweist auf die soziale Ungleichverteilung von Potenzialen beim Übergang in den Ruhestand (Hofäcker/Naumann 2015; Hochfellner/Burkert 2013; Hochfellner/Burkert 2014): Handelt es sich bei den Erwerbstätigen um die Opfer von Altersarmut, deren prekäre Lebenslage sie dazu zwingt, auch im Ruhestandsalter eine Erwerbstätigkeit auszuüben, um über die Runden zu kommen? Oder sind in dieser Gruppe ehemalige Führungskräfte zu finden, die nicht loslassen können und deren gute Gesundheit und finanzielle Absicherung es ihnen erlauben, eine selbstgewählte Erwerbsarbeit weiterzuführen? Diese Fragen soll der vorliegende Beitrag auf der Grundlage der Studie "Transitions and Old Age Potential" (TOP) beantworten.

Die Studie "Transitions and Old Age Potential" (TOP)

Bei der Studie "Transitions and Old Age Potential" (TOP) handelt es sich um eine repräsentative Befragung der deutschsprachigen Wohnbevölkerung im Alter zwischen 55 und 70 Jahren. Das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB) führte die erste Welle dieser interdisziplinären Studie zusammen mit Projektpartnern der Universitäten Bremen, Lüneburg und der SRH Hochschule Berlin durch. Im Gegensatz zu breiter angelegten Studien des späten Erwachsenenalters wie dem Deutschen Alterssurvey oder dem Survey of Health, Ageing and Retirement in Europe (SHARE) versteht sich TOP als auf einen engen Altersabschnitt konzentrierten "Lebensphasenund Übergangs-Survey" (für eine detaillierte Darstellung der Konzepte vgl. Mergenthaler et al. 2015). Im ersten Quartal 2013 wurden 5.002 Personen dieser Altersgruppe zum Umfang ihres bürgerschaftlichen Engagements, ihrer familialen Unterstützungsleistungen, ihrer Arbeitsmarktbeteiligung und zum Übergang in den Ruhestand telefonisch befragt (für eine ausführliche Beschreibung der Methodik der Studie TOP vgl. Sackreuther/Schröber/ Cihlar 2015).

Ein besonderes Augenmerk der Studie lag neben den Potentialen auch auf den Lebensplänen und -zielen älterer Menschen, insbesondere für ihr Leben ab dem Bezug einer Altersrente oder -pension. Der Eintritt in den Ruhestand, der den Beginn des "Dritten Alters" einläutet, trägt zunehmend den Charakter eines individuellen Projekts, das individuelle Gestaltungsleistungen von den Betroffenen erfordert (Moen 2011). Unternehmen, Verei-



ne, Verbände oder die Politik gestalten das Angebot oder die Rahmenbedingungen für das Engagement älterer Menschen mit. Diesen Akteuren können mit den Ergebnissen der Studie TOP belastbare Informationen zu den Lebenszielen, Plänen und Absichten von Ruheständlern zur Verfügung gestellt werden.

Die Daten der Ersterhebung werden im Herbst 2015 als Scientific-Use-File (SUF) der wissenschaftlichen Öffentlichkeit über das Datenarchiv der GESIS zur Verfügung gestellt. Im Frühjahr des Jahres 2016 wird TOP in Form eines Panels mit den Personen weitergeführt, die sich in der ersten Welle mit einer wiederholten Befragung einverstanden erklärt haben.

Merkmale der für die Untersuchung ausgewählten Stichprobe

Den folgenden Auswertungen liegt eine Stichprobe der Studie TOP zugrunde aus den Personen, die zum Befragungszeitpunkt eine Altersrente oder -pension aus eigener Erwerbstätigkeit bezogen. Zur Messung einer aktuellen Erwerbstätigkeit wurde diesen Studienteilnehmern die Frage gestellt: "Auch im Ruhestand kann man noch eine Erwerbstätigkeit ausüben. Wie ist das bei Ihnen: Sind Sie noch erwerbstätig? Bitte denken Sie dabei an jede Art von bezahlter Tätigkeit." Der Frage lag eine weite Definition von Erwerbsarbeit zugrunde, d. h. auch ein 400-Euro-Job oder eine Nebenerwerbstätigkeit zählen unabhängig von der Dauer oder dem Umfang der wöchentlichen Arbeitszeit hierzu.

Für die vorliegende Untersuchung werden die Angaben zur Erwerbstätigkeit im Ruhestand, d. h. bei Personen, die eine Altersrente aus eigener Erwerbstätigkeit beziehen und die die Regelaltersgrenze von 65 Jahren erreicht bzw. überschritten haben, betrachtet. Die Altersgrenze von 65 Jahren wurde gewählt, da ab diesem Alter ein Anspruch auf abschlagsfreie Zahlungen aus der gesetzlichen Rentenversicherung besteht. Die Untersuchung konzentriert sich auf (ehemals) abhängig Beschäftigte (Arbeiter oder Angestellte)¹, unabhängig davon, ob

diese Befragten in der Privatwirtschaft oder im öffentlichen Dienst beschäftigt waren.²

Es handelt sich insgesamt um 1.114 Befragte im Alter zwischen 65 und 70 Jahren. Diese Stichprobe setzt sich aus 51 % Frauen und 49 % Männern zusammen. Mit 77 % sind ehemalige Angestellte deutlich häufiger vertreten als Arbeiter. Durchschnittlich liegt das Renteneintrittsalter in der Stichprobe bei 63 Jahren. Dieser Durchschnittswert ist etwas geringer als in den Daten der Deutschen Rentenversicherung, bei der das durchschnittliche Alter bei Bezug einer Altersrente im Jahr 2013 bei Männern und Frauen etwa 64 Jahre betrug (Deutsche Rentenversicherung 2014). Das durchschnittliche Zugangsalter für Altersrenten hat sich jedoch laut den Daten der Deutschen Rentenversicherung in den letzten Jahren tendenziell erhöht. Die Daten der Studie TOP spiegeln diese Entwicklung wider, da die Hälfte der Befragten bereits 2007 oder früher zum ersten Mal eine Altersrente bezog. In diesem Zeitraum lag das durchschnittliche Rentenzugangsalter deutschlandweit bei rund 63 Jahren (Deutsche Rentenversicherung 2014).

Rund 15 % der Stichprobe verfügen über ein monatliches Haushaltsäguivalenzeinkommen, das weniger als 60 % des Medianeinkommens beträgt.3 Dieser Anteil entspricht einem monatlichen pro-Kopf-Einkommen von 900 Euro pro Monat oder weniger. Die 60 %-Grenze orientiert sich an der in Wissenschaft und Politik üblichen Armutsrisikoschwelle, die ein Maß zur Messung der relativen Einkommensarmut und nicht des soziokulturellen Existenzminimums darstellt (Bäcker/Schmitz 2013). Die so gemessene Armutsrisikoquote für Deutschland lag nach den Angaben des vierten Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung seit dem Jahr 2007 je nach verwendetem Datensatz zwischen 14 und 16 % (BMAS 2013). Somit entspricht die Armutsrisikoguote der 65- bis 70-Jährigen in TOP ungefähr dem Bundesdurchschnitt.

[&]quot;Ehemals" bzw. "vormals" wird hier in Klammern gesetzt, da es sich bei manchen Personen um die Weiterführung einer abhängigen Beschäftigung über die Regelaltersgrenze hinaus handelt.

² Da Selbständige oder Beamte anderen Übergangsregelungen in den Ruhestand unterworfen sind, werden diese Berufsgruppen aus Gründen mangelnder Vergleichbarkeit aus der Untersuchung ausgeschlossen.

Das bedarfsgewichtete Nettoäquivalenzeinkommen eines Haushalts wurde auf der Grundlage der modifizierten Skala der OECD berechnet. Nach dieser Skala wird das monatliche Haushaltseinkommen durch ein Gewicht dividiert, das sich aus der Summe der Anzahl der Haushaltsangehörigen mit jeweils speziellen Gewichtungen ergibt. Dieses Gewicht beträgt für den ersten Erwachsenen 1, für jeden weiteren Erwachsenen im Haushalt 0,5 und für jedes weitere Kind 0,3. Das Medianeinkommen bezeichnet den Wert, bei dem 50 Prozent der Stichprobe darunter und 50 Prozent der Stichprobe darüber liegen.



Empirische Befunde zur Erwerbstätigkeit der vormals abhängig Beschäftigten

1. Häufigkeit und Umfang der Erwerbstätigkeit im Ruhestand

In den ersten Jahren des Altersruhestands sind unter den (ehemals) abhängig Beschäftigten noch rund 26 % der Männer und 15 % der Frauen erwerbstätig. Dabei sind Beschäftigungen in Teilzeit, d. h. unter 30 Stunden wöchentlicher Arbeitszeit, typisch. Nur knapp 3 % der Männer zwischen 65 und 70 Jahren gehen einer Vollzeiterwerbstätigkeit nach. Bei den Frauen bewegt sich dieser Anteil deutlich unter einem Prozent. Durchschnittlich arbeiten die 65- bis 70-jährigen Frauen rund 11 Stunden wöchentlich, während es bei den Männern durchschnittlich 17 Stunden sind. Da bei den Frauen auch während des aktiven Erwerbslebens höhere Anteile von Teilzeitbeschäftigungen zu beobachten sind, besteht eine gewisse Kontinuität geschlechtsbezogener Erwerbsmuster auch jenseits der Regelaltersgrenze. Zwischen dem 65. und dem 70. Lebensjahr bleibt der wöchentliche Stundenumfang der Erwerbstätigkeit recht stabil.

Etwas mehr als ein Drittel der erwerbstätigen Ruheständler arbeitet nach dem Bezug einer Altersrente beim gleichen Arbeitgeber weiter. Die meisten wechseln den Arbeitgeber oder machen sich selbständig. Dieses Muster ist bei den Männern stärker ausgeprägt als bei den Frauen: 69 % der Männer haben im Ruhestand ihre Erwerbstätigkeit als Arbeitnehmer bei einem anderen Arbeitgeber aufgenommen oder sich selbständig gemacht, während dies nur auf etwa jede zweite Frau zutrifft. Männer äußern zudem die Absicht, noch etwa vier weitere Jahre im Ruhestand einer Erwerbstätigkeit nachgehen zu wollen, während Frauen dies im Schnitt nur für weitere 2,6 Jahre planen.

Als Zwischenfazit bleibt festzuhalten, dass das Geschlecht somit als ein wesentliches Differenzierungsmerkmal der Erwerbstätigkeit auch jenseits der Regelaltersgrenze verstanden werden kann. Der deutliche Geschlechtsunterschied hinsichtlich der Arbeitsmarktbeteiligung im Ruhestand ist nur zum Teil durch ungleiche Erwerbschancen zwischen älteren Männern und Frauen zu erklären. Auch geschlechtsspezifische Rollen- und Tätigkeitsmuster, die dazu führen, dass sich Frauen stärker in der Betreuung pflegebedürftiger Angehöriger oder in der Enkelbetreuung engagieren, sind für die differentiel-

len Erwerbstätigenquoten in der Ruhestandsphase bedeutsam.

2. Einkommenssituation und individuelle Gründe für eine Erwerbstätigkeit im Ruhestand

Neben betrieblichen und erwerbsbiografischen Merkmalen (z. B. Eintrittsalter in den Arbeitsmarkt, Dauer der Betriebszugehörigkeit, Anzahl der Arbeitgeberwechsel oder der Arbeitslosigkeitsepisoden) sind für die Erklärung einer Arbeitsmarktbeteiligung im Ruhestand auch individuelle Fähigkeiten und Wissensbestände, das geistige und körperliche Wohlbefinden, die Familiensituation sowie soziale Netzwerke und der regionale Arbeitsmarkt bedeutsam. Darüber hinaus können auch andere "produktive" Tätigkeiten, wie z. B. bürgerschaftliches Engagement oder familiale Unterstützung eine Rolle spielen, da sich diese zeitaufwändigen und zum Teil belastenden Tätigkeiten nur schwer mit einer Erwerbstätigkeit vereinbaren lassen (Wang/Shultz 2010). Nach Einführung des "Altersgrenzenanpassungsgesetzes" im Jahre 2007, das eine stufenweise Erhöhung des gesetzlichen Rentenalters ab dem Jahrgang 1947 vorsieht, wird auch der Geburtsjahrgang der Befragten zu einer relevanten Einflussgröße. Es ist zudem anzunehmen, dass die Arbeitsmarktbeteiligung im Sinne einer "überbrückenden Beschäftigung" weitergeführt wird, um so einen gleitenden Übergang vom (reduzierten) Erwerbsleben in den Ruhestand zu gewährleisten. Erwerbstätigkeit im Ruhestand wäre in diesem Sinne eine Strategie zur schrittweisen Anpassung des Individuums an die nachberufliche Lebensphase.

Neben diesen Gründen ist die Erwerbstätigkeit im Ruhestand auch ein Mittel zur Sicherung des Lebensstandards oder stellt eine Möglichkeit des Hinzuverdienstes dar. So berichten 73 % der Befragten als Grund für ihre Erwerbstätigkeit, weiterhin Geld verdienen zu wollen. Dies geschieht jedoch nicht zwangsläufig aus materieller Not heraus: Immerhin geben insgesamt 84 % der Teilnehmer an, im Ruhestand mit ihren finanziellen Mitteln "gut" oder sogar "sehr gut" zurechtzukommen. Dies legt den Schluss nahe, dass es für erwerbstätige Ruheständler mehrheitlich um die Verwirklichung von Konsumwünschen jenseits unmittelbarer materieller Notlagen geht. Die Erwerbstätigkeit im Ruhestand hängt jedoch mit der Bewertung der subjektiven Wohlfahrt zusammen: Unter den erwerbstätigen Ruheständlern gibt ein größerer



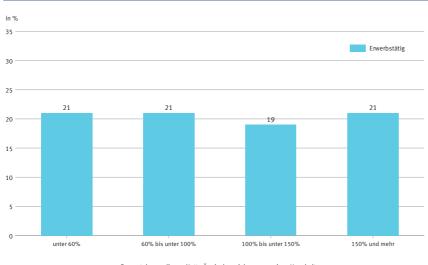
Anteil an, mit seinem Einkommen nicht zurechtzukommen als unter den nichterwerbstätigen Ruheständlern. Diese Diskrepanz ist allerdings nur bei den Männern zu beobachten (vgl. Abbildung 1).

Die Ergebnisse deuten darauf hin, dass eine Erwerbstätigkeit im Ruhestand bei den Männern auch als eine Reaktion auf eine prekär empfundene Einkommenssituation verstanden werden kann. Inwiefern spiegeln sich diese Befunde auch in der objektiven Einkommenssituation des Haushalts wider? Im Gegensatz zur subjektiven Einkommenslage gibt es unter den Befragten hinsichtlich des tatsächlich verfügbaren monatlichen Äquivalenzeinkommens keinen Zusammenhang zwischen Einkommenshöhe und Erwerbstätigkeit (vgl. Abbildung 2). Unabhängig von der Höhe des bedarfsgewichteten Äguivalenzeinkommens eines Haushalts sind ungefähr ein Fünftel der Befragten im Ruhestand erwerbstätig.

Jedoch sind gerade die niedrigen Äquivalenzeinkommen unterhalb der Armutsrisikoschwelle in der betrachteten Altersgruppe auch ein Ausdruck vergleichsweise

schlechterer Bildungs- und Arbeitsmarktchancen in früheren Lebensphasen, die die Aufnahme oder die Weiter-

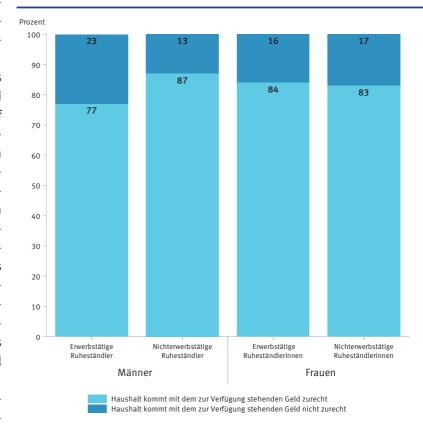
Abb. 2: Erwerbstätigkeit im Ruhestand nach Haushaltseinkommen



Prozent des medianen Netto-Äquivalenzeinkommens eines Haushalts

Quelle: Transitions and Old Age Potential (TOP) 2013, eigene Berechnung und Darstellung

Abb. 1: Subjektive Einschätzung der Einkommenssituation des Haushalts nach Erwerbsstatus und Geschlecht



Quelle: Transitions and Old Age Potential (TOP) 2013, eigene Berechnung und Darstellung © BiB 2015

> führung einer Erwerbstätigkeit auch jenseits der Regelaltersgrenze prinzipiell erschweren. Hinzukommt, dass

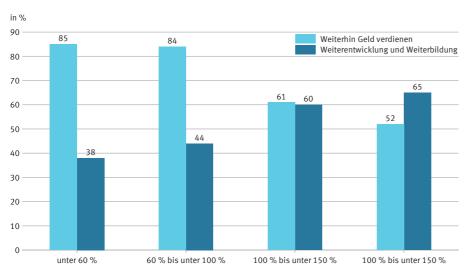
> > Angehörige benachteiligter beruflicher Klassen auch schlechtere Chancen auf ein gesundes Altern haben, was die Möglichkeit einer Erwerbsarbeit im Alter zusätzlich einschränkt (Scherger 2013). Eine vergleichbar hohe Erwerbstätigenquote in dieser unteren Einkommensgruppe überrascht somit angesichts dieser kumulativen Benachteiligungen (Dannefer 2003; Ferraro/Shippee/Schafer 2009) und unterstreicht gleichzeitig die These, dass drohende Altersarmut ein signifikanter Anreiz zur Weiterführung von Erwerbstätigkeit im Ruhestand sein kann.

Es ist zudem anzunehmen, dass sich die individuellen Motive für eine

© BiB 2015



Abb. 3: Gründe für eine Erwerbstätigkeit im Ruhestand nach Einkommensgruppen



Prozent des medianen Netto-Äquivalenzeinkommens eines Haushalts

Quelle: Transitions and Old Age Potential (TOP) 2013, eigene Berechnung und Darstellung

© BiB 2015

Erwerbstätigkeit im Ruhestand zwischen diesen gesellschaftlichen Gruppen mit ungleicher finanzieller Lage unterscheiden. Tatsächlich wird der Grund "weiterhin Geld zu verdienen" von mehr als 80 % der Personen mit einem unterdurchschnittlichen Äquivalenzeinkommen bejaht. In der höchsten Einkommensgruppe stimmt nur jeder zweite Befragte dieser Aussage zu (vgl. Abbildung 3). Demgegenüber steigt in den höheren Einkommensgruppen die Zustimmung zu "persönlicher Weiterentwicklung und Weiterbildung" als Grund für eine Erwerbstätigkeit im Ruhestand. In der höchsten Einkommensgruppe stimmen diesen immateriellen Motiven rund zwei Drittel der Befragten zu, unterhalb der Armutsrisikoschwelle sind dies lediglich 38 %.

Tendenziell treten mit steigender materieller Wohlfahrt somit nicht-materielle oder selbstbezogene Motive stärker in den Vordergrund. Dies deutet darauf hin, dass sich Erwerbstätigkeit im Ruhestand in der subjektiven Wahrnehmung der Betroffenen unterschiedlich darstellt: Für ältere Menschen, die über vergleichsweise wenig Einkommen verfügen, ist die Erwerbsarbeit ein notwendiges Mittel des Hinzuverdienstes, für Ruheständler in materiell bessergestellten Lebenslagen kann sie eher als ein Mittel der persönlichen Entfaltung, der Selbstverwirklichung und der persönlichen Weiterbildung verstanden werden.

Zusammenfassung und Fazit

Der Artikel beschäftigt sich auf der Grundlage der Daten der Studie "Transitions and Old Age Potential" (TOP) mit dem Phänomen einer fortgesetzten Erwerbstätigkeit im Ruhestand bei 65- bis 70-Jährigen. Dabei wurde die Untersuchung auf (vormals) abhängig Beschäftigte (Arbeiter und Angestellte) eingegrenzt. Selbständige und Beamte wurden aus der Analyse ausgeschlossen, da für sie andere Übergangspfade in den Ruhestand gelten und somit die Erwerbsgruppen in der hier betrachteten Altersspanne nicht vergleichbar sind.

Die Ergebnisse zeigen, dass ein recht hoher Anteil der ehe-

maligen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den ersten Jahren des Altersruhestands noch einer Erwerbsarbeit nachgeht. Dabei sind Männer weitaus häufiger erwerbstätig als Frauen. Dies deutet auf eine Kontinuität ungleicher Arbeitsmarktchancen zwischen Männern und Frauen hin, die sich von der aktiven Erwerbsphase in den Ruhestand hinein fortsetzt. Typischerweise sind sowohl Männer als auch Frauen im Ruhestand teilzeiterwerbstätig, der durchschnittliche wöchentliche Arbeitsumfang ist bei den Männern jedoch höher als bei den Frauen. Zudem wechseln Männern nach dem Bezug einer Altersrente deutlich häufiger den Arbeitgeber oder machen sich selbständig. Das Geschlecht scheint somit für die Art und den Umfang der Arbeitsmarktbeteiligung im frühen Ruhestand ein wesentliches Kriterium zu sein.

Sowohl die subjektive Einschätzung der materiellen Situation ("Wie kommen Sie mit dem zur Verfügung stehenden Geld zurecht?") als auch das verfügbare Pro-Kopf-Einkommen des Haushalts zeigen, dass Ruheständler in finanziell prekären Lagen recht häufig einer Erwerbstätigkeit nachgehen. Somit können materielle Zwangslagen im Ruhestand durchaus als ein Grund für die Aufnahme oder die Weiterführung einer Erwerbsarbeit verstanden werden. Gleichwohl kann ein Äquivalenzeinkommen unterhalb der Armutsrisikoschwelle nicht das ganze Phänomen erklären, da auch in mittleren



und hohen Einkommensgruppen durchaus vergleichbare Erwerbstätigenquoten zu beobachten sind. Dieser Befund lässt vermuten, dass sich die individuellen Erwerbsmotive zwischen verschiedenen sozioökonomischen Gruppen älterer Menschen unterscheiden. Tatsächlich zeigen die Daten der Studie TOP, dass sich intrinsische, auf persönliches Wachstum und Selbstverwirklichung zielende Gründe für eine Erwerbstätigkeit vor allem bei höheren Einkommensgruppen zeigen, während das Motiv "weiterhin Geld verdienen" vor allem bei vergleichsweise benachteiligten Gruppen genannt wird.

Insgesamt weisen die Befunde auf eine Kombination "horizontaler" (v. a. Geschlecht) und "vertikaler" Dimensionen sozialer Ungleichheit (wie z. B. dem Einkommen) hin, die die Arbeitsmarktbeteiligung älterer Menschen jenseits der Regelaltersgrenze beeinflussen. Dies entspricht den Annahmen der Kontinuitäts- bzw. der "Status Maintenance"-Hypothese (Kohli 1990; O'Rand/Henretta 1999). Sie geht von einer Fortsetzung des während der aktiven Erwerbsphase erworbenen Sozialstatus, mit dem ungleiche Arbeitsmarkt- und Beschäftigungschancen verknüpft sind, in der Rentenphase aus. Erwerbstätigkeit im Ruhestand ist somit nicht nur ein Ausdruck gewonnener Potenziale älterer Menschen, sondern auch der Ungleichheit der während des Lebenslaufs erworbenen und gefestigten Soziallagen und der damit verbundenen Lebenschancen im Ruhestand. Erwerbsarbeit im Ruhestand spiegelt somit in Abhängigkeit von der sozialen Lage ein breites Spektrum von Motiven wider: einerseits als Ausdruck einer selbstgewählten Arbeitsmarktbeteiligung mit dem Ziel der persönlichen Weiterentwicklung und als Beitrag zur Generationensolidarität in einer alternden Bevölkerung; andererseits als Ausdruck benachteiligter Lebensverhältnisse älterer Menschen, unter deren Bedingungen eine fortgeführte Erwerbstätigkeit eher als eine Reaktion auf materielle Zwänge verstanden werden kann. Die mit sozialen Ungleichheiten verbundenen Ambivalenzen von Alternspotenzialen – für die einen ist eine fortgeführte Erwerbsbeteiligung ein Privileg, für die anderen eine Bürde (Scherger 2013) - sollten daher bei Strategien zu deren Erschließung berücksichtigt werden.

Literaturverzeichnis

- Bäcker, Gerhard et al. 2009: Ältere Arbeitnehmer. Erwerbstätigkeit und soziale Sicherheit im Alter. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Bäcker, Gerhard; Schmitz, Jutta 2013: Altersarmut und Rentenversicherung: Diagnosen, Trends, Reformoptionen und Wirkungen. In: Vogel, Claudia (Hg.): Altern im sozialen Wandel: Die Rückkehr der Altersarmut? Alter(n) und Gesellschaft 23. Wiesbaden: Springer VS: 25–53.
- Beehr, Terry A.; Bennett, Misty M. 2014: Working after retirement. Features of bridge employment and research directions. In: Work, Aging and Retirement: 1–17.
- BMAS (Bundesministerium für Arbeit und Soziales) 2013: Lebenslagen in Deutschland: Der vierte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. URL: http:// www.bmas.de/DE/Service/Medien/Publikationen/ a334-4-armuts-reichtumsbericht-2013.html.
- BMFSFJ (Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend) 2005: Fünfter Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland. Potenziale des Alters in Wirtschaft und Gesellschaft Der Beitrag älterer Menschen zum Zusammenhalt der Generationen. URL: http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Abteilung3/Pdf-Anlagen/fuenfter-altenbericht,property=pdf,bereich=,rwb=true.pdf, 28. September 2013.
- Carr, Dawn C.; Komp, Kathrin (ed.) 2011: Gerontology in the era of the third age. Implications and Next Steps. New York: Springer.
- Dannefer, Dale 2003: Cumulative advantage/disadvantage and the life course: Cross-fertilizing age and social science theory. In: Journal of Gerontology: Social Sciences 58B;6: 327–337.
- Davis, Mark A. 2003: Factors related to bridge employment participation among private sector early retirees. In: Journal of Vocational Behavior 63:1: 55–71.
- Deutsche Rentenversicherung 2014: Rentenversicherung in Zeitreihen. URL: http://www.deutsche-rentenversicherung.de/Allgemein/de/Inhalt/6_Wir_ueber_uns/03_fakten_und_zahlen/03_statistiken/02_statistikpublikationen/03_rv_in_zeitreihen.html, 4. September 2015.
- Feldman, Daniel 1994: The decision to retire early: A review and conceptualization. In: The Academy of Management Review 19;2: 285–311.



- Ferraro, Kenneth F.; Shippee, Tetyana Pylypiv; Schafer, Markus H. 2009: Cumulative inequality theory for research on aging and the life course. In: Bengston, Vern L.; Gans, Daphna; Putney, Norella M.; Silverstein, Merril (Hg.): Handbook of theories of aging. 2. Aufl. New York: Springer: 413–433.
- Giandrea, Michael D.; Cahill, Kevin E.; Quinn, Joseph F. 2009: Bridge jobs. A comparison across cohorts. In: Research on Aging 31;5: 549–576.
- Gobeski, Kirsten T.; Beehr, Terry A. 2009: How retirees work: Predictors of different types of bridge employment. In: Journal of Organizational Behavior 30;3: 401–425.
- Heckel, Margaret 2013: Aus Erfahrung gut. Wie die Älteren die Arbeitswelt erneuern. Hamburg: Ed. Körber-Stiftung.
- Hochfellner, Daniela; Burkert, Carola 2013: Employment in retirement. Continuation of a working career or essential additional income? In: Zeitschrift für Gerontologie und Geriatrie 46;3: 242–250.
- Hochfellner, Daniela; Burkert, Carola 2014: Arbeiten im Ruhestand: Immer mehr Rentner sind dabei. In: IAB-Forum 1: 12–17.
- Hofäcker, Dirk; Naumann, Elias 2015: The emerging trend of work beyond retirement age in Germany. Increasing social inequality? In: Zeitschrift für Gerontologie und Geriatrie 48,5: 473–479.
- Klös, Hans-Peter; Naegele, Gerhard 2013: Alter als "Ressource" Befunde und verteilungspolitische Implikationen. In: Hüther, Michael; Naegele, Gerhard (Hg.): Demografiepolitik. Herausforderungen und Handlungsfelder. Wiesbaden: Springer VS: 123–141.
- Kohli, Martin 1990: Das Alter als Herausforderung für die Theorie sozialer Ungleichheit. In: Soziale Welt Sonderband 7: 387–406.
- Laslett, Peter 1987: The emergence of the third age. In: Ageing & Society 7:02: 133–160.
- Mergenthaler, Andreas et al.2015: Übergänge, Lebenspläne und Potenziale der 55- bis 70-Jährigen: Zwischen individueller Vielfalt, kulturellem Wandel und sozialen Disparitäten. In: Schneider, Norbert F. et al. (Hg.): Mittendrin? Lebenspläne und Potenziale älterer Menschen beim Übergang in den Ruhestand. Beiträge zur Bevölkerungswissenschaft 47. Berlin: Barbara Budrich: 15–46.

- Micheel, Frank; Panova, Ralina 2013: Entwicklung der Erwerbstätigkeit Älterer in Deutschland Rückblick auf die letzten zwei Jahrzehnte. In: Bevölkerungsforschung Aktuell 34:1: 6–12.
- Micheel, Frank; Roloff, Juliane; Wickenheiser, Ines 2010: Die Bereitschaft zur Weiterbeschäftigung im Ruhestandsalter im Zusammenhang mit sozioökonomischen Merkmalen. In: Comparative Population Studies Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 35;4: 833–868.
- Moen, Phyllis 2011: A life-course approach to the third age. In: Carr, Dawn C.; Komp, Kathrin (Hg.): Gerontology in the era of the third age. Implications and next steps. New York: Springer: 13–31.
- O'Rand, Angela M.; Henretta, John C. 1999: Age and inequality. Diverse pathways through later life. Oxford: Westview Press.
- Ruhm, Christopher J. 1990: Bridge jobs and partial retirement. In: Journal of Labor Economics 8;4: 482–501.
- Sackreuther, Ines; Schröber, Jakob; Cihlar, Volker 2015: Methodische Grundlagen der Studie "Transitions and Old Age Potential" (TOP). In: Schneider, Norbert F. et al. (Hg.): Mittendrin? Lebenspläne und Potenziale älterer Menschen beim Übergang in den Ruhestand. Beiträge zur Bevölkerungswissenschaft 47. Berlin: Barbara Budrich: 47–65.
- Scherger, Simone 2013: Zwischen Privileg und Bürde. Erwerbstätigkeit jenseits der Rentengrenze in Deutschland und Großbritannien. In: Zeitschrift für Sozialreform 59;2: 137–166.
- Tews, Hans Peter 1991: Altersbilder: Über Wandel und Beeinflussung von Vorstellungen vom und Einstellungen zum Alter. Köln: KDA Forum.
- van Dyk, Silke; Lessenich, Stephan 2009: "Junge Alte": Vom Aufstieg und Wandel einer Sozialfigur. In: van Dyk, Silke; Lessenich, Stephan (Hg.): Die jungen Alten. Analysen einer neuen Sozialfigur. Frankfurt, M, New York, NY: Campus-Verl.: 11–48.
- Wang, Mo; Shultz, Kenneth S. 2010: Employee retirement: A review and recommendation for future investigation. In: Journal of Management 36;1: 172–206.



Frank Micheel (BiB)

Kein Interesse am Engagement? Aktuelle Befunde zu nichtaktiven älteren Personen im bürgerschaftlichen Kontext

Im vorliegenden Beitrag wird eine in den Sozialwissenschaften selten untersuchte Gruppe näher betrachtet: nichtengagierte ältere Personen im zivilgesellschaftlichen Kontext. Insbesondere wird der Frage nachgegangen, ob es sich um eine homogene Gruppe handelt und falls nicht, welche Unterschiede sich anhand ausgewählter demografischer Merkmale beobachten lassen. Zudem wird nach den Gründen gesucht, warum ehemals engagierte Personen ihr Engagement beendet haben bzw. warum Personen, die noch nie im Leben engagiert waren, kein Interesse an einer bürgerschaftlichen Aktivität zeigen. Die Befunde knüpfen an die Diskussion über produktive Tätigkeiten im Alter und über die Erschließung von Potenzialen des Alter(n)s an. Empirische Befunde aus einer aktuellen Befragung des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung (BiB) unter 55- bis 70-Jährigen sollen diese Diskussion anreichern, um das mögliche Ausmaß einer Ausweitung des bürgerschaftlichen Engagements realistisch einzuschätzen. Hierzu wird eine differenzierte Darstellung von nichtengagierten Personen vorgestellt, die Fragen über vergangenes Engagement und über Interesse an bürgerschaftsorientierten Aktivitäten beinhalten.

Vor dem Hintergrund der absehbaren demografischen Alterung wird das Konzept des produktiven Alterns¹ als eine politische Option zur Gestaltung der sich aus diesem Wandel ergebenden Konsequenzen intensiv diskutiert, wobei in erster Linie die ökonomischen Herausforderungen im Fokus der Betrachtungen stehen (vgl. unter vielen BMFSFJ 2005; Hank/Erlinghagen 2008; Künemund 2006). Als produktive Tätigkeiten zählen im Allgemeinen Erwerbsarbeit sowie unbezahlte Tätigkeiten, die den Familien und dem Gemeinwohl zu Gute kommen. Typische Beispiele für die letztgenannten Tätigkeiten sind die Pflege und Betreuung von Pflegebedürftigen oder (Enkel-) Kindern, Nachbarschaftshilfe und bürgerschaftliches Engagement (vgl. O'Reilly/Caro 1995). Unter einer bürgerschaftlichen bzw. zivilgesellschaftlichen Beteiligung

Die gesellschaftlichen Voraussetzungen für eine Ausübung bzw. Ausweitung produktiver Tätigkeiten im hohen Erwachsenenalter sind dabei als günstig zu bewerten. Im 5. Altenbericht der Bundesregierung werden die Potenziale einer Gesellschaft des langen Lebens mit einem historischen Höchststand an materiellen und humanen Ressourcen (hinsichtlich Einkommen, Vermögen, Gesundheit und Bildung) besonders hervorgehoben, zumal Personen im Ruhestand über deutlich mehr freie Zeit verfügen als Erwerbstätige (vgl. BMFSFJ 2005).

Untersuchungen zeigen, dass im Verlauf der letzten Jahrzehnte die Beteiligungsquoten an bürgerschaftlichen Tätigkeiten sowohl in der Gesamtbevölkerung als auch speziell bei älteren Menschen gestiegen sind. Dies trifft auch bei Verwendung von unterschiedlichen Datenquellen zu, wie z. B. dem Freiwilligensurvey oder dem Alterssurvey. Zudem sind die Intensitäten der bürgerschaftlichen Aktivitäten im hohen Erwachsenenalter beachtlich. In der jüngeren Vergangenheit haben sich die Beteiligungsquoten unter den Älteren auf einem stabilen Niveau eingependelt (vgl. Aleksandrowicz/Bockermann/ Frerichs 2014; Künemund/Schupp 2008; Backes/Höltge 2008; Erlinghagen 2008). Trotz dieser positiven Entwicklungen bleibt festzuhalten, dass die nichtengagierten Personen die Mehrheit stellen. Es fehlt in wissenschaftlichen Analysen jedoch an systematischer Berücksichtigung dieser Gruppe, auch im Hinblick auf die Erschließung von Potenzialen im Alter. Dabei ist es von besonderem Interesse, ob diese Personen sich nicht beteiligen möchten, es nicht können oder ob sie nicht gefragt wurden (vgl. Brady/Verba/Schlozman 1995). Der vorliegende Beitrag setzt genau an diesem Aspekt an und liefert mit einem aktuellen Datensatz des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung (BiB) eine Beschreibung der Nichtengagierten mit dem Ziel, eventuelle Unterschiede innerhalb dieser Gruppe aufzudecken. Ein besseres Verständnis über Nichtengagierte entkräftet Vorurteile und vermeidet eine Stigmatisierung dieser Gruppe. Ferner sind die

wird eine freiwillige, unentgeltliche Tätigkeit verstanden, die an einen organisatorischen Rahmen außerhalb des eigenen Haushaltes (z. B. einen Verein) gebunden ist (vgl. Wilson/Musick 1997).

¹ Eine ausführliche Diskussion zu einem "Leitbild des produktiven Alter(n)s" wurde in der Ausgabe 02/2011 von "Bevölkerungsforschung Aktuell" geführt (vgl. Wickenheiser 2011).



gewonnenen Erkenntnisse für die Politikberatung von großer Bedeutung. In Zeiten knapper Ressourcen ist eine Förderpolitik im zivilgesellschaftlichen Bereich nicht effektiv, wenn bereits etablierte und gut funktionierende Strukturen noch zusätzliche Mittel erhalten, wohingegen an anderen Stellen die Mittel fehlen (vgl. BMFSFJ 2005: 219f.). Auch die Verteilung nach dem Gießkannenprinzip (unter der Annahme, dass Nichtengagierte eine homogene Gruppe bilden) widerspricht dem Wirtschaftlichkeitsgedanken. Gruppenspezifische Angebote sind dagegen treffsicherer und erhöhen die Chancen zur (weiteren) Erschließung von Potenzialen im Alter.

Die Forschungslücke

Die empirische Literatur über das bürgerschaftliche Engagement im hohen Erwachsenenalter konzentriert sich üblicherweise auf den Vergleich zwischen Aktiven und Nichtaktiven (vgl. unter vielen Künemund 2006; Künemund/Schupp 2008; Hank/Erlinghagen 2010; Erlinghagen 2010). Nach Künemeund und Schupp (2008: 155f.) lassen sich, zusammenfassend für die Situation in Deutschland, folgende Muster für zivilgesellschaftliche Beteiligung im hohen Erwachsenenalter (50 Jahre oder älter) erkennen:

"In den neuen Bundesländern ist ein ehrenamtliches Engagement seltener, Männer sind häufiger engagiert als Frauen, Deutsche häufiger als Personen anderer Nationalität, mit zunehmenden Alter sinkt die Wahrscheinlichkeit, ehrenamtlich tätig zu sein (auch unter Kontrolle von Geschlecht und Gesundheit), mit besserer Bildung steigt die Wahrscheinlichkeit, und mit schlechterer Gesundheit nimmt sie ab. Die individuelle Verfügbarkeit der Ressource Zeit ist nicht pauschal positiv mit dem ehrenamtlichen Engagement verbunden – eine geringfügige Beschäftigung hat im Vergleich zur Nichterwerbstätigkeit einen positiven, Arbeitslosigkeit jedoch einen negativen Effekt."

In Bezug auf die (weitere) Erschließung von Potenzialen des Alter(n)s lässt sich auf den ersten Blick daraus schließen, dass man sich bei der Rekrutierung potenziell Engagierter vorrangig auf die Personengruppen konzentriert, die für eine zivilgesellschaftliche Beteiligung o. a. günstige Voraussetzungen mit sich bringen. Nach dieser Vorgehensweise bleiben jedoch die Nichtengagierten systematisch in weiten Teilen unberücksichtigt, denn bei der Erschließung von Engagementpotenzialen sollten auch die Menschen Beachtung finden, die gerade nicht

diese günstigen Merkmale aufweisen. Schließlich scheinen die Hürden bzgl. einer zivilgesellschaftlichen Beteiligung für diese Gruppe höher zu liegen als für bereits Aktive.

Interessanterweise ist über die nichtengagierten Personen relativ wenig bekannt. Als wichtige Ausnahmen für die Situation in Deutschland sind die umfassenden Arbeiten von Klages (2001, 2002) positiv hervorzuheben. Allerdings beziehen sich die Analysen auf die Bevölkerung ab 14 bzw. ab 18 Jahre, Aspekte des höheren Alters werden nur in wenigen Punkten behandelt. Trotzdem lassen sich sehr wertvolle Erkenntnisse anführen. Es existieren deutliche Hinweise darauf, dass die Gruppe der Nichtaktiven nicht als homogene Gruppe betrachtet werden kann. Dies wird daran deutlich, dass ein nicht unerheblicher Teil der Nichtaktiven ein grundsätzliches Interesse bekundet, sich zu engagieren. Nicht selten handelt es sich um Personen, die in der Vergangenheit bereits bürgerschaftlich engagiert waren. Zudem sind die nichtengagierten Personen mit einem Interesse an einer zivilgesellschaftlichen Tätigkeit den tatsächlich Engagierten hinsichtlich ihrer soziodemografischen Merkmale und in ihrer Wertvorstellungen (bzgl. der individuellen Selbstentfaltung) ähnlicher als den nichtengagierten Personen ohne Interesse an einer Beteiligung im bürgerschaftlichen Engagement (vgl. Klages 2001, 2002). Diese Befunde lassen sich im Großen und Ganzen auf Menschen im hohen Erwachsenenalter übertragen, wie aktuelle Untersuchungen von Dury et al. (2014, für die Situation in Belgien) oder von Micheel (2015) zeigen. Einen weiteren Nutzen zeigt diese differenzierte Betrachtung bei der Untersuchung von persönlichen Engagementhemmnissen. Schließlich können bei den ehemals Aktiven negative Erfahrungen dazu geführt haben, sich nicht mehr zu beteiligen, wohingegen bei den noch nie Beteiligten andere Gründe ausschlaggebend für ihre Entscheidung, sich nicht zu engagieren, sein können. Fördermaßnahmen für eine Rückkehr in das bürgerschaftliche Engagement unterscheiden sich deshalb erheblich von denen für eine Gewinnung von Unerfahrenen in diesem Bereich.

Ferner weisen Längsschnittstudien darauf hin, dass eine bürgerschaftliche Beteiligung in der Vergangenheit mit einer höheren Wahrscheinlichkeit verbunden ist, sich zu einem späteren Zeitpunkt wieder zu engagieren (vgl. Lancee/Radl 2014; Erlinghagen 2010). Diese Ergebnisse lassen sich zum Teil dahingehend inter-



pretieren, dass es sich bei diesen zum Zeitpunkt der Befragung Nichtengagierten um Personen handelt, die eigentlich bürgerschaftlich aktiv sind, diese Tätigkeit aus unterschiedlichen Gründen jedoch für eine bestimmte Zeitspanne unterbrochen haben (z. B. bedingt durch Umzug, Jobwechsel, Eintritt in den Ruhestand oder eine Erkrankung etc., vgl. Lancee/Radl 2014; Klages 2001). Insofern wäre es unter Berücksichtigung dieser Längsschnittinformationen für diese Gruppe bereits fraglich, von nichtengagierten Personen zu sprechen. Als Zwischenfazit lässt sich festhalten, dass eine Unterteilung der nichtengagierten Personen nach den Kriterien "vergangenes Engagement" und "Interesse an einem künftigen Engagement" angemessen erscheint.

Datenbasis und Analysestrategie

Grundlage für die Analysen ist der Datensatz "Transitions and Old Age Potential (TOP)", der im Rahmen einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage entstanden ist. Es handelt sich dabei um eine telefonische Befragung von deutschsprachigen Personen, die im Auftrag des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung (BiB) vom Befragungsinstitut uzbonn im ersten Quartal 2013 durchgeführt wurde. Insgesamt wurden auf Basis eines standardisierten Fragebogens 5.002 Männer und Frauen im Alter zwischen 55 und 70 Jahren (Geburtsjahrgänge 1942 bis 1958) interviewt. Im Fokus der Befragung stehen also Personen, die auch als "junge Alte"² bezeichnet werden. Die Studienteilnehmerinnen und -teilnehmer wurden u. a. zu ihrer sozialen Beteiligung in der Arbeitswelt sowie in familien- und in gemeinschaftsorientierten Bereichen befragt (vgl. Sackreuther/Schröber/Cihlar 2015).

Verzerrungen innerhalb der Stichprobe durch Ausfälle (insbesondere das systematische Nichterreichen von Personen mit niedriger formaler Bildung, vgl. z. B. Koch 1998) werden durch einen Gewichtungsfaktor korrigiert. Die gewichteten Daten sind hinsichtlich der Merkmale Alter, Geschlecht, Wohnregion (Ost-/Westdeutschland) und des höchsten allgemeinen Bildungsabschlusses für die Grundgesamtheit repräsentativ (vgl. Sackreuther/ Schröber/Cihlar 2015: 56ff.). Im vorliegenden Beitrag werden durchgängig die gewichteten Daten verwendet.

Die Identifizierung der nichtengagierten Personen im zivilgesellschaftlichen Kontext erfolgt über die Frage "Haben Sie in den letzten drei Monaten eine der folgenden Tätigkeiten ausgeübt oder waren Sie daran beteiligt? – Freiwillige oder ehrenamtliche Tätigkeiten, z. B. Teilnahme in einem Verein, einer Initiative oder einer Gruppe". Aus der Gesamtstichprobe geben 2.231 Personen an, dass sie bürgerschaftlich aktiv waren, drei Personen machten dazu keine Angaben. Somit ergibt sich eine Anzahl von 2.768 Personen (entspricht 55,3 % der Gesamtstichprobe), die sich nicht beteiligen.

Abbildung 1 zeigt, wie sich diese Personengruppe nach den oben abgeleiteten Kriterien (früheres bürgerschaftliches Engagement³ sowie Interesse an einem künftigen Engagement⁴) auf die folgenden vier Gruppen aufteilen: von den rund 1.300 Personen, die in der Vergangenheit bürgerschaftlich aktiv waren, bekunden rund 800 Personen ein Interesse, sich wieder zu engagieren (sog. Ehemalige mit Rückkehrinteresse, vgl. Klages 2001: 132ff.). Gemessen an der Gesamtstichprobe entspricht dies einem Anteil von 16,1 %. Fast 500 Personen (9,9 %) zeigen kein Interesse an einer Rückkehr ins bürgerschaftliche Engagement. Von den rund 1.460 bislang nicht engagierten Personen sind etwa 740 Personen (14,8 % der Gesamtstichprobe) an einer zivilgesellschaftlichen Aktivität interessiert (die sog. Neuen, vgl. Klages 2001: 147ff.). Rund 690 Personen haben sich noch nie im Leben beteiligt und geben an, es auch nicht zu wollen (13,9 %).

Zur weiteren Beschreibung der vier Gruppen werden folgende demografischen Merkmale herangezogen: Alter, Geschlecht, feste Partnerschaft, Bildung und die Wohnregion (unterschieden nach West- und Ostdeutschland). Anschließend wird untersucht, ob die Gründe für die Aufgabe einer zivilgesellschaftlichen Aktivität (ehemalige Aktive) sich von denen für die Ablehnung eines bürgerschaftlichen Engagements (noch nie beteiligte Personen) im Hinblick auf ihre Relevanz Unterschiede zeigen. Den befragten Personen werden mögliche Gründe vorgelegt, zu denen sie sich zustimmend oder ablehnen äußern können, wobei Mehrfachnennungen möglich sind. Ein wesentlicher Unterschied zwischen den beiden

² Zum Hintergrund dieses Begriffs vgl. z. B. Tesch-Römer und Wurm (2009).

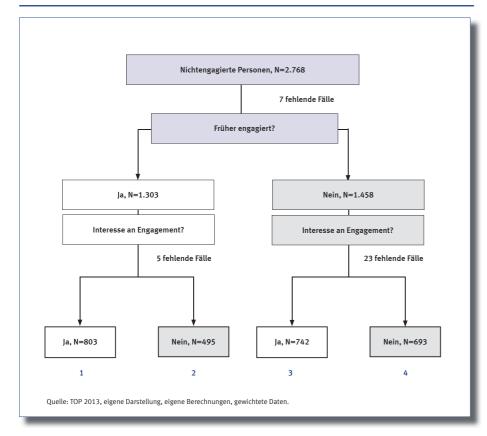
³ Der Originaltext des Items lautet: "Haben Sie früher einmal freiwillige oder ehrenamtliche Tätigkeiten ausgeübt oder sich daran beteiligt?"

Der Originaltext des Items lautet: "Können Sie sich grundsätzlich vorstellen, zukünftig eine freiwillige oder ehrenamtliche Tätigkeit auszuüben oder sich daran zu beteiligen?"

Der Originaltext des Items für die ehemals Aktiven lautet: "Aus welchem Grund haben Sie Ihre freiwillige oder ehrenamtliche Aktivität



Abb. 1: Differenzierte Beschreibung der Nichtengagierten nach den Merkmalen "vergangenes Engagement" und "Interesse an einem künftigen Engagement" im bürgerschaftlichen Kontext



Antwortsets besteht darin, dass den bislang nie Aktiven zwei Antworten mehr ("Mich hat noch keiner gefragt" und "Ich wüsste nicht, wo ich mich hinwenden sollte") vorgelegt werden, um feststellen zu können, ob strukturelle Bedingungen bzgl. einer Kontaktaufnahme fehlen.

Ergebnisse

Die Datenlage spricht dafür, das Merkmal "früheres Engagement" in Zusammenhang mit dem Interesse einer künftigen Beteiligung zu bringen (vgl. Abbildung 1): Das Verhältnis von Interessierten zu Nichtinteressierten innerhalb der Gruppe der ehemaligen Engagierten (803 zu 495 Personen) ist 1,5-mal so hoch wie das Verhältnis innerhalb der Gruppe der bislang Unbeteiligten (742 zu 693 Personen). Früheres Engagement erhöht unter Kons-

damals beendet?" Dabei können die Befragten sich auf einer 4er-Likert-Skala von "Trifft voll und ganz zu" bis "Trifft überhaupt nicht zu" zu folgenden Antwortkategorien äußern: "Mir fehlte die Zeit dafür", "Ich konnte es mir finanziell nicht mehr leisten", "Ich hatte nur Arbeit und Ärger", "Ich fühlte mich zu alt dafür", "Meine Gesundheit ließ das nicht mehr zu", "Mein Engagement wurde nicht geschätzt". Berücksichtigt werden hier nur "Trifft voll und ganz zu".

tanthaltung aller übrigen Faktoren die Chancen, sich künftig beteiligen zu wollen, in einem deutlichen Ausmaß. In der Literatur werden Nichtaktive ohne Interesse an einem bürgerschaftlichen Engagement als definitiv Nichtengagierte bezeichnet (vgl. Klages 2001, 2002). Im vorliegenden Sample sind es rund 1.190 Personen (495+693=1.188), also fast jede vierte Person gemessen an der gesamten Stichprobe. Dagegen zählen rund 1.550 Personen (30,9 %) zum Kreis der Interessierten bzgl. einer bürgerschaftlichen Aufgabe (vgl. Abbildung 1).

Tabelle 1 enthält die bivariaten Analysen zu den vier Gruppen der Nichtaktiven nach ihren demografischen Merkmalen. Aus den Verteilungen lassen sich folgende Tendenzen festhalten: In der jüngsten Altersgruppe (55-59 Jahre) sind die Antei-

le der Interessierten am stärksten ausgeprägt. Hier sticht die Gruppe der Ehemaligen mit Interesse an einem Engagement mit mehr als einem Drittel besonders hervor. In der mittleren Altersgruppe sind die interessierten Personen noch in der Mehrheit (insgesamt 55,2 %), in der ältesten Altersgruppe stellen dagegen die Nichtaktiven ohne Interesse an einer Beteiligung eine knappe Mehrheit (insgesamt 52,2 %). Unter den Frauen ist die Kombination "ohne Erfahrungen, mit Interesse" am stärksten vertreten, bei den Männern dominieren die Ehemaligen mit Interesse an einer zivilgesellschaftlichen Beteiligung. Befragte, die in einer festen Partnerschaft leben, waren eher in der Vergangenheit bürgerschaftlich engagiert als die Personen ohne festen Partner/feste Partnerin. Unter den Personen mit fester Partnerschaft halten die Ehemaligen mit Interesse an einem Engagement den größten Anteil, bei den Personen ohne feste Partnerschaft sind es ebenfalls Interessierte, allerdings ohne Erfahrungen. Nach Bildung differenziert zeigt sich, dass unter den Niedriggebildeten die Gruppe ohne Erfahrungen und ohne Interesse an einer zivilgesellschaftlichen Auf-



Tabelle 1: Beschreibung der Nichtengagierten nach demografischen Merkmalen

	Aufteilung der Nichtengagierten im Hinblick auf bürgerschaftliches Engagement								
		Mit Erfahrungen,		2		3		4	
				Mit Erfahrungen, ohne Interesse		Ohne Erfahrungen, mit Interesse		Ohne Erfahrungen, ohne Interesse	
		Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %
Altersgruppen	55-59	353	35,5	138	13,9	297	29,9	205	20,6
	60-64	233	27,2	146	17,0	240	28,0	239	27,9
	65-70	217	24,6	211	23,9	205	23,2	249	28,3
Geschlecht	Weiblich	388	25,7	250	16,5	474	31,4	399	26,4
	Männlich	415	34,0	245	20,0	268	21,9	294	24,1
Feste Partnerschaft	Ja	677	30,5	407	18,3	590	26,5	549	24,7
	Nein	123	24,6	88	17,6	146	29,3	142	28,5
Bildungsgruppen	Niedrige Bildung	21	14,0	18	11,9	46	30,4	66	43,8
	Mittlere Bildung	447	25,6	346	19,8	498	28,5	456	26,1
	Hohe Bildung	304	40,2	117	15,4	183	24,3	152	20,1
Wohnregion	Westdeutsch- land	643	31,3	335	16,3	564	27,4	513	25,0
	Ostdeutschland	160	23,6	160	23,5	179	26,3	181	26,6

Quelle: TOP 2013, eigene Darstellung, eigene Berechnungen, gewichtete Daten.

Anmerkung: Die Prozentwerte beziehen sich auf die Zeilen, deren Anteile sich zu 100 % aufsummieren. Abweichungen resultieren aus Rundungsdifferenzen. Ein Lesebeispiel: innerhalb der Gruppe der 55- bis 59-Jährigen verfügen 35,5 % über Erfahrungen mit bürgerschaftlichen Aktivitäten und zeigen ein Interesse, eines auszuüben.

gabe am stärksten vertreten ist. Bei den Personen mit hoher Bildung erscheint der Befund dazu "diametral", denn hier dominiert die Kombination "mit Erfahrungen" und "mit Interesse". In der mittleren Bildungsgruppe halten die Interessierten ohne Erfahrungen den größten Anteil. Unter den in Westdeutschland lebenden Personen stel-

len die Interessierten die Mehrheit (insgesamt 58,7 %), wovon die Erfahrenen besonders stark vertreten sind. In Ostdeutschland halten sich Interessierte und Nichtinteressierte ungefähr die Waage (vgl. Tabelle 1).

Aus Tabelle 2 geht hervor, dass unter den ehemals Aktiven Zeitmangel und gesundheitliche Gründe mit deut-

lichem Abstand zu den anderen Antwortmöglichkeiten am häufigsten als Gründe angegeben werden, die zur Aufgabe ihres Engagements führten. Der erstgenannte Grund weist mit rund zwei Dritteln aller Nennungen bereits einen großen Abstand zum zweithäufigsten Grund auf. Mangelnde Wertschätzung, Arbeit und Ärger, sich zu alt fühlen oder finanzielle Gründe spielen eine untergeordnete Rolle. Die Übereinstimmungen zwischen den Rangfolgen von Frauen und

Tabelle 2: Gründe bezüglich der Aufgabe des Engagements, nach Geschlecht differenziert (N=723); ehemalige Engagierte

Männer	in %	Frauen	in %
Zeitmangel	65,2	Zeitmangel	65,7
Gesundheitliche Gründe	25,0	Gesundheitliche Gründe	31,7
Mangelnde Wertschätzung	11,1	Arbeit und Ärger	9,5
Arbeit und Ärger	10,1	Mangelnde Wertschätzung	7,6
Zu alt	7,5	Finanzielle Gründe	6,0
Finanzielle Gründe	3,1	Zu alt	5,0

Anmerkung: Zustimmung "Trifft voll und ganz zu".

Quelle: TOP (2013), gewichtete Daten, eigene Berechnungen. Mehrfachnennungen möglich.



Tabelle 3: Gründe gegen Engagement, nach Geschlecht differenziert (N=538);
Personen, die in ihrem Leben nie engagiert waren und auch kein Interesse dafür zeigen

Männer	in %	Frauen	in %
Keiner gefragt	62,1	Keiner gefragt	55,0
Zeitmangel	52,3	Zeitmangel	53,8
Findet keinen Ansprechpartner	24,2	Gesundheitliche Gründe	28,9
Gesundheitliche Gründe	22,9	Finanzielle Gründe	14,5
Arbeit und Ärger	21,6	Arbeit und Ärger	14,1
Finanzielle Gründe	14,4	Findet keinen Ansprech- partner	12,9
Zu alt	11,1	Zu alt	8,0
Mangelnde Wertschätzung	9,8	Mangelnde Wertschätzung	5,2

Anmerkung: Zustimmung "Trifft voll und ganz zu".

Quelle: TOP (2013), gewichtete Daten, eigene Berechnungen. Mehrfachnennungen möglich.

Männern sind sehr hoch (Rangkorrelationskoeffizient nach Spearman rho=0,89).

In Tabelle 3 werden die Gründe der bislang Nichtaktiven ohne Interesse an einer bürgerschaftlichen Beteiligung nach ihrer Häufigkeit und nach Geschlecht sortiert aufgezeigt. Am häufigsten und mit deutlichem Abstand zu den übrigen Antwortvorgaben werden "Keiner gefragt" und "Zeitmangel" als die wesentlichen Gründe genannt, die ein Engagement verhindern. Der dritthäufigste Grund unter Männern ist, keinen Ansprechpartner zu finden. Frauen geben dagegen gesundheitliche Gründe als dritthäufigsten Grund an. Finanzielle Ursachen sind unter den möglichen Antwortvorgaben sowohl bei Männern als auch bei Frauen mit jeweils 14 % vergleichbar hoch (vgl. Tabelle 3). Die Übereinstimmungen zwischen den geschlechtsdifferenzierten Rangfolgen sind etwas stärker ausgeprägt als in der Gruppe der Ehemaligen (Rangkorrelationskoeffizient nach Spearman rho=0,94).

Im Hinblick auf den Vergleich zwischen den Befunden aus den Tabellen 2 und 3 weisen die Rangfolgen der Gruppen dahingehend Übereinstimmungen auf, dass ein Mangel an den Ressourcen "Zeit" und "Gesundheit" als wesentliche Gründe für die Nichtausübung einer bürgerschaftlichen Aktivität genannt werden (unter Nichtberücksichtigung der Antwortkategorien "keiner gefragt" und "findet keinen Ansprechpartner"). Finanzielle Barrieren, die einem Engagement im Wege stehen, werden von den beiden Personengruppen unterschiedlich stark

wahrgenommen. Hier lässt sich vermuten, dass dieser Grund von den bislang nie Beteiligten im Vergleich zu den Ehemaligen tendenziell überschätzt wird. Um genauere Aussagen treffen zu können, müssen jedoch Informationen über die materielle Lage und deren Wahrnehmung berücksichtigt werden.

Diskussion und Ausblick

Dieser Beitrag liefert für die sachgerechte Weiterführung des politischen Diskurses über die Erschließung von Potenzialen im Alter aktuelle Befunde über nichtengagierte Personen im Alter

zwischen 55 und 70 Jahren. Die differenzierte Darstellung dieser Gruppe nach den Kriterien "Erfahrungen in der Vergangenheit" sowie "Interesse an einem künftigen Engagement" liefert, insbesondere wenn nur Querschnittsdaten vorliegen, eine brauchbare Informationsgrundlage zur Einschätzung des Engagementpotenzials im hohen Erwachsenenalter. Demografische Merkmale weisen darauf hin, dass die Nichtengagierten eine heterogene Gruppe bilden, was sich mit den Befunden anderer empirischer Studien deckt (z. B. Dury et al. 2014). Mehr als die Hälfte der Menschen zwischen 55 und 70 Jahren ist zivilgesellschaftlich nicht aktiv. Allerdings besteht innerhalb dieser Gruppe ein nicht zu unterschätzender Anteil an interessierten Personen für ein solches Engagement.

Im Hinblick auf die Einschätzung des Potenzials im zivilgesellschaftlichen Kontext lassen sich folgende Punkte festhalten:

Das Alter spielt bei dieser Fragestellung eine wesentliche Rolle: Irgendwann ist sowohl dem tatsächlich ausgeübten als auch dem potenziellen Engagement eine "natürliche" Grenze gesetzt, die tendenziell mit einem nachlassenden Gesundheitszustand einhergeht. Weitere Erklärungsfaktoren zum altersbedingten Rückgang sind (soziale oder vorgegebene) Höchstaltersgrenzen im bürgerschaftlichen Engagement oder ein allgemeiner Rückzug aus sozialen Beziehungen (vgl. Dury et al. 2014; Künemund 2006).



- Frühere Erfahrungen mit einem Engagement lassen vermuten, dass sich diese Personen in Zukunft eher für eine zivilgesellschaftliche Beteiligung entscheiden werden als Personen ohne Erfahrungshintergrund. Aus sozialwissenschaftlicher Perspektive stellt sich daher die Frage, ob es sich bei dieser Personengruppe eher um "Unterbrecher" als um Nichtengagierte handelt. Dies sind allerdings zu prüfende Arbeitshypothesen, die mit einer weiteren Befragungswelle in TOP mit den gleichen Studienteilnehmerinnen und Studienteilnehmern beantwortet werden sollen.
- Ungefähr jede siebte Person in der Gesamtstichprobe war bisher noch nie beteiligt und zeigt auch kein Interesse an einer zivilgesellschaftlichen Tätigkeit. Bei dieser Gruppe sind erhebliche Zweifel angebracht, ob geeignete Maßnahmen zur Gewinnung für ein bürgerschaftliches Engagement existieren.
- Zeitmangel wird als ein wesentlicher Grund für das Nichtengagement genannt. Künftige Untersuchungen sollten diesen Grund tiefergehend danach untersuchen, ob es sich um ein strukturelles Problem (z. B. zeitkonkurrierende Tätigkeiten mit obligatorischem Charakter wie Erwerbsarbeit oder Pflege) handelt oder um den Ausdruck eines Lebensstils, in dem andere Freizeitaktivitäten eine höhere Priorität haben. Diese Frage führt u. U. zu einer Debatte über geschlechtsspezifische Ungleichheit im Alter. Schließlich ist bekannt, dass Frauen häufiger als Männer Pflegetätigkeiten übernehmen, was interessierte Frauen (weiterhin) daran hindern könnte, sich bürgerschaftlich zu beteiligen (vgl. Backes/Höltge 2008).

Eine abschließende Bemerkung: die in diesem Beitrag diskutierten Engagementpotenziale dürfen nicht mit einer riesigen "Reservearmee" im zivilgesellschaftlichen Bereich verwechselt werden, die jederzeit abrufbar zur Verfügung steht. Vielmehr soll mit diesem Konzept eine grundsätzliche Aufgeschlossenheit zum Thema "bürgerschaftliches Engagement" gemessen und im Sinne einer vorhandenen Verhaltensdisposition verstanden werden (vgl. Klages 2001, 2002). Denn Aufgeschlossenheit ist ein wesentliches Merkmal für die Ausübung einer freiwilligen Tätigkeit. Sie bildet den Ausgangspunkt für weitere Überlegungen zur Förderung (in Bezug auf Motivation, Information und strukturelle Unterstützung) des bürgerschaftlichen Engagements im Alter. Auf diese Weise kann ein "latentes Sozialkapital" (Klages 2001: 118) in eine

manifestierte Handlung, sprich: tatsächlich ausgeübtes bürgerschaftliches Engagement, umgewandelt werden. Von verpflichtenden Appellen oder Maßnahmen, besonders hinsichtlich der Personen im Ruhestand, ist eher abzuraten, denn die Zivilgesellschaft lebt gerade von der "Einsicht in die Notwendigkeit und in die Chancen der Mitgestaltung im sozialen und demografischen Wandel" (Klie 2013: 359), die engagierte und engagementbereite Menschen mit sich bringen.

Literaturverzeichnis

Aleksandrowicz, Paula; Bockermann, Doris; Frerichs, Frerich 2014: Older volunteers in Germany: Opportunities and restrictions in the welfare mix. In: Principi, Andrea; Jensen, Per H.; Lamura, Giovanni (Hrsg.): Active ageing. Voluntary work by older people in Europe. Bristol: Policy Press: 93–118.

Backes, Gertrud M.; Höltge, Jacqueline 2008: Überlegungen zur Bedeutung ehrenamtlichen Engagements im Alter. In: Erlinghagen, Marcel; Hank, Karsten (Hrsg.): Produktives Altern und informelle Arbeit in modernen Gesellschaften. Theoretische Perspektiven und empirische Befunde. Wiesbaden: VS Verlag: 277–299.

Brady, Henry E.; Verba, Sidney; Schlozman, Kay L. 1995: Beyond SES: A resource model of political participation. In: American Political Science Review 89,2: 271–294.

BMFSFJ (Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend) 2005: Fünfter Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland. Potenziale des Alters in Wirtschaft und Gesellschaft – Der Beitrag älterer Menschen zum Zusammenhalt der Generationen. URL: http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Abteilung3/Pdf-Anlagen/fuenfter-altenbericht,property=pdf,bereich=,rwb=true.pdf, 28. September 2013.

Dury, Sarah et al. 2014: To volunteer or not: The influence of individual characteristics, resources, and social factors on the likelihood of volunteering by older adults. In: Nonprofit and Voluntary Sector Quarterly, online first (22 Seiten).

Erlinghagen, Marcel 2008: Informelle Arbeit in alternden Gesellschaften: Möglichkeiten und Grenzen des «produktiven Alterns». In: Schmollers Jahrbuch 128,2: 237–259.



- Erlinghagen, Marcel 2010: Volunteering after retirement. Evidence from German panel data. In: European Societies 12,5: 603–625.
- Hank, Karsten; Erlinghagen, Marcel 2008: Produktives Altern und informelle Arbeit. Stand der Forschung und Perspektiven. In: Erlinghagen, Marcel; Hank, Karsten (Hrsg.): Produktives Altern und informelle Arbeit in modernen Gesellschaften. Theoretische Perspektiven und empirische Befunde. Wiesbaden: VS Verlag: 9–24.
- Hank, Karsten; Erlinghagen, Marcel 2010: Dynamics of volunteering in older Europeans. In: The Gerontologist 50,2: 170–178.
- Klages, Hartmut 2001: Engagementpotenzial in Deutschland. In: Braun, Joachim; Klages, Hartmut (Hrsg.): Freiwilliges Engagement in Deutschland. Ergebnisse der Repräsentativerhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement. Stuttgart: Kohlhammer: 114–198.
- Klages, Hartmut 2002: Standorte und Strukturen des Engagementpotentials in Deutschland. In: Klages, Helmut; Gensicke, Thomas (Hrsg.): Wertewandel und bürgerschaftliches Engagement an der Schwelle zum 21. Jahrhundert. Speyer: Forschungsinstitut für Öffentliche Verwaltung: 99–135.
- Klie, Thomas 2013: Zivilgesellschaft und Aktivierung. In: Hüther, Michael; Naegele, Gerhard (Hrsg.): Demografiepolitik. Wiesbaden: Springer VS: 344–362.
- Koch, Achim 1998: Wenn "mehr" nicht gleichbedeutend mit "besser" ist: Ausschöpfungsquoten und Stichprobenverzerrungen in allgemeinen Bevölkerungsumfragen. In: ZUMA-Nachrichten, 42: 66–93.
- Künemund, Harald 2006: Tätigkeiten und Engagement im Ruhestand. In: Tesch-Römer, Clemens; Engstler, Heribert; Wurm, Susanne (Hrsg.): Altwerden in Deutschland. Sozialer Wandel und individuelle Entwicklung in der zweiten Lebenshälfte. Wiesbaden: VS Verlag: 289–327.

- Künemund, Harald; Schupp, Jürgen 2008: Konjunkturen des Ehrenamts Diskurse und Empirie. In: Erlinghagen, Marcel; Hank, Karsten (Hrsg.): Produktives Altern und informelle Arbeit in modernen Gesellschaften. Theoretische Perspektiven und empirische Befunde. Wiesbaden: VS Verlag: 145–163.
- Lancee, Bram; Radl, Jonas 2014: Volunteering over the life course. In: Social Forces 93,2: 833–862.
- Micheel, Frank 2015: Potenzial für bürgerschaftliches Engagement der über 55- bis 70-Jährigen in Deutschland. In: Schneider, Norbert F. et al. (Hrsg.): Mittendrin? Lebenspläne und Potenziale älterer Menschen beim Übergang in den Ruhestand. Opladen u. a.: Barbara Budrich: 139–156.
- O'Reilly, Patrick; Caro, Francis G. 1995: Productive aging: An overview of the literature. In: Journal of Aging & Social Policy 6,3: 39–71.
- Sackreuther, Ines; Schröber, Jakob; Cihlar, Volker 2015: Methodische Grundlagen der Studie "Transitions and Old Age Potential" (TOP). In: Schneider, Norbert F. et al. (Hrsg.): Mittendrin? Lebenspläne und Potenziale älterer Menschen beim Übergang in den Ruhestand. Opladen u. a.: Barbara Budrich: 47–65.
- Tesch-Römer, Clemens; Wurm, Susanne 2009: Wer sind die Alten? Theoretische Positionen zum Alter und Altern. In: Böhm, Karin; Tesch-Römer, Clemens; Ziese, Thomas (Hrsg.): Gesundheit und Krankheit im Alter. Beiträge zur Gesundheitsberichterstattung des Bundes. Berlin: Robert Koch-Institut: 7–20.
- Wickenheiser, Ines 2011: Die Potenziale einer älter werdenden Gesellschaft und das Leitbild "Produktives Alter(n)". In: Bevölkerungsforschung Aktuell 32,2: 2–7.
- Wilson, John; Musick, Marc 1997: Who cares? Towards an integrated theory of volunteer work. In: American Sociological Review 62,5: 694–713.



Andreas Ette (BiB)

Nachhaltigere Politikansätze zur Gestaltung von Flucht und Migration in den internationalen Beziehungen

Die aktuellen Entwicklungen der Zuwanderung nach Deutschland und Europa verdeutlichen die Schwierigkeiten einer Steuerung internationaler Migration, die sich in erster Linie an den Bedürfnissen der Zielländer orientiert. Ziel dieses Beitrags ist es, einen Ausblick auf längerfristige Perspektiven zur zukünftigen Gestaltung von Flucht und Migration zu geben. Die Ende September 2015 verabschiedeten Sustainable Development Goals - die politischen Zielvereinbarungen der Vereinten Nationen, die der weltweiten Entwicklung auf ökonomischer, sozialer sowie ökologischer Ebene dienen sollen und den Millenniums-Entwicklungszielen nachfolgen - können Ausgangspunkt für die Entwicklung solcher nachhaltigerer Politikansätze sein. Darin verpflichten sich die Staaten erstmals, internationale Migration und Mobilität mit dem Ziel der Reduzierung der Ungleichheit zwischen den Staaten zu fördern.1 Aufbauend auf der in dieser Erklärung zum Ausdruck kommenden Neubewertung des Verhältnisses zwischen internationaler Migration und Entwicklung diskutiert der Beitrag die diesem Ziel verpflichteten bisherigen Bemühungen innerhalb der Europäischen Union und ihres 'Global Approach', um abschließend erste Empfehlungen zur umfassenderen Nutzung der Potenziale dieser neuen politischen Agenda zu formulieren.

Grenzen der Steuerbarkeit internationaler Migration?

Die Migrationspolitik in Deutschland war in den vergangenen 15 Jahren einem rasanten politischen Wandel unterworfen. Während in den 1990er Jahren Deutschlands Selbstverständnis als "Nicht-Einwanderungsland" die öffentlichen, politischen und akademischen Debatten bestimmte, wird heute ein "Wandel zum modernen Einwanderungsland" konstatiert.² Dieser geradezu paradigmatische Wandel geschah vor dem Hintergrund demografischer Veränderungen und eines sich in bestimmten Bereichen des Arbeitsmarktes abzeichnenden Fachkräftemangels sowie der zunehmenden Harmonisierung des Politikfeldes im Rahmen der Europäischen Union (EU). Die grundlegende Neuausrichtung der deutschen Migrationspolitik war in erster Linie durch die Reformen der Arbeitsmigrationspolitik gekennzeichnet, die zwischenzeitlich zu einer weitreichenden Öffnung des Arbeitsmarktes für qualifizierte und hochqualifizierte Arbeitskräfte sowie für internationale Studierende geführt hat.3 Diese zunehmende Orientierung an einer arbeitsmarktorientierten Zuwanderung ging jedoch einher mit einem schrittweisen Ausbau der Migrationskontrolle durch Beschränkungen beim Familiennachzug, der Verlagerung der Grenzkontrollen an die EU-Außengrenzen, der Einrichtung europäischer Datenbanksysteme sowie dem Aufbau administrativer Kapazitäten für Rückführungen und Abschiebungen.

Diese Dualität zwischen Öffnung und Schließung und die damit erhoffte Gestaltung der Zuwanderung entlang nationalen – insbesondere wirtschaftlichen – Eigeninteressen ist keine deutsche Besonderheit, sondern ein allgemeines Charakteristikum der aktuellen Migrationspolitik in Europa. Die Entwicklungen der vergangenen Monate und Jahre haben jedoch gezeigt, dass die Steuerbarkeit der Migration ("managed migration"4) entlang eng definierter Kategorien von Fähigkeiten und Motiven der Migranten ganz offensichtlich an ihre Grenzen gerät. Obwohl sich Deutschland zwischenzeitlich wieder zu einem der weltweit wichtigsten Einwanderungsländer entwickelt hat, stieg – trotz regelmäßiger politischer Reformen und offensichtlich erzielter Fortschritte – die Zahl der von diesen Reformen betroffenen Arbeitsmigranten

Siehe die Erklärung "Transforming our world: the 2030 Agenda for Sustainable Development" in United Nations (2015): Draft outcome document of the United Nations summit for the adoption of the post-2015 development agenda, A/69/L.85. New York: United Nations.

SVR (2014): Deutschlands Wandel zum modernen Einwanderungsland. Jahresgutachten 2014 mit Integrationsbarometer. Berlin: Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration.

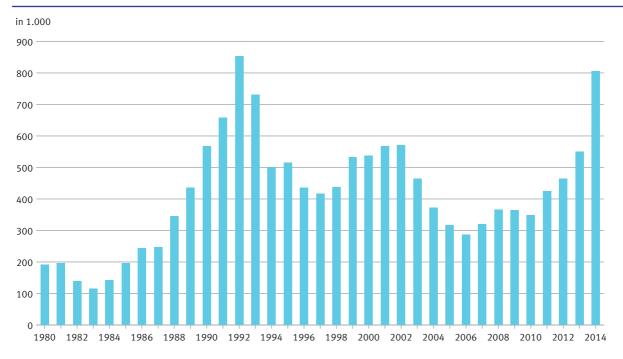
OECD (2013): Recruitung Immigrant Workers: Germany. Paris: Organisation for Economic Co-operation and Development; Ette, Andreas; Rühl, Stefan; Sauer, Lenore (2012): Die Entwicklung der Zuwanderung hochqualifizierter Drittstaatsangehöriger nach Deutschland. In: Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik 32(1): 14-20.

⁴ Menz, Georg (2008): The Political Economy of Managed Migration. Oxford: Oxford University Press.

OECD (2014): International Migration Outlook 2014. Paris: Organisation for Economic Co-operation and Development; Destatis (2015): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Vorläufige Wanderungsergebnisse 2014. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.







Datenquelle: OECD 2015, siehe Fussnote 5

© BiB 2015

über die Jahre nur geringfügig an. Andererseits haben die oftmals gewaltsamen Konflikte in den verschiedenen Krisenregionen in Europa, Asien, Afrika und dem Nahen Osten zu einem deutlichen Anstieg des Zuzugs von Flüchtlingen, aber auch Migranten geführt. Diese offensichtliche "Kluft"⁶ zwischen migrationspolitischen Zielen und migrationssoziologischer Realität ist ein deutlicher Beleg dafür, dass eine primäre Steuerung der Zuwanderung entlang der Imperative der Arbeitsmärkte in den Zielländern internationaler Migration nur bedingt ein nachhaltiges Gestaltungsprinzip sein kann. Angesichts der bestehenden globalen ökonomischen und demografischen Ungleichheiten ist davon auszugehen, dass die Zahl internationaler Migranten langfristig weiter steigen wird. Aufgabe einer zukunftsorientierten Politik muss es daher sein, die unterschiedlichen Interessen an beiden

Kurzfristige Handlungsoptionen

Die aktuelle Zuwanderung nach Deutschland und insbesondere die steigende Zahl von Flüchtlingen und Asylbewerbern (siehe Abbildung 1) verlangt nach kurzfristigen Reaktionen auf mindestens drei verschiedenen politischen Ebenen: Auf internationaler Ebene gilt es die Bemühungen um friedliche Konfliktbeilegungen zu intensivieren. Weiterhin kommt es darauf an, die Nachbarstaaten in den Krisenregionen verstärkt zu unterstützen, um einer Destabilisierung der betroffenen Staaten vorzubeugen und sie bei der Bewältigung der aktuellen Flüchtlingskrise zu helfen. Im Fall Syriens ist diese Hilfe für die sieben Millionen Binnenvertriebenen sowie die vier Millionen Flüchtlinge in den Nachbarländern von überragender Bedeutung, denn ohne Bildungs- und Ausbildungsangebote droht die Marginalisierung und Radikalisierung der nächsten Generation.⁷ Auf europäischer Ebene gilt es insbesondere, legale Einreisemöglichkeiten für Flücht-

Enden internationaler Migration zu berücksichtigen und somit auch die Situation in den Herkunftsländern in eine nachhaltige Gestaltung von Flucht und Migration in den internationalen Beziehungen einzubeziehen.

Hollifield, James F.; Martin, Philip L.; Orrenius, Pia M. (2014): The Dilemmas of Immigration Control. In: Hollifield, James F.; Martin, Philip L.; Orrenius, Pia M. (Hrsg.): Controlling Immigration: A Global Perspective. Stanford: Stanford University Press, S. 3-34.

⁷ UNHCR (2015): More than four million Syrians have now fled war and persecution, 9. Juli 2015. Genf: United Nations High Commissioner for Refugees; Perthes, Volker (2015): Das Ende des Nahen Ostens, wie wir ihn kennen. Berlin: Suhrkamp.



linge zu schaffen, denn die vor allem im Mittelmeer seit vielen Jahren steigende Zahl von Todesfällen ist im Wesentlichen Folge der zunehmend effektiveren Migrationskontrolle und des Abbaus alternativer Zugangswege. Schließlich muss auf nationaler Ebene die Frage der Integration der Flüchtlinge im Mittelpunkt der Bemühungen stehen. Neben der administrativen Herausforderung, Flüchtlingen eine humane Unterbringung zur Verfügung zu stellen, gilt es hier in erster Linie Lösungen zur Förderung von Bildung und Ausbildung zu finden. Dies betrifft Maßnahmen, die es ermöglichen, Flüchtlingen möglichst schnell Rechtssicherheit hinsichtlich ihrer Aufenthaltsperspektiven zu schaffen, gefolgt von verbindlichen Angeboten zur Sprachförderung, der Anerkennung beruflicher Qualifikationen sowie der Schaffung von Bildungsmöglichkeiten für die hohe Zahl jüngerer Flüchtlinge sowie zur Nachqualifizierung.

Neue Politikansätze im "Global Approach" der Europäischen Union

Neben solch kurzfristigen Handlungsoptionen zeigen die Entwicklungen der vergangenen Jahre und Monate den Bedarf an längerfristigen Perspektiven für eine möglicherweise nachhaltigere Gestaltung von Flucht und Migration. Die Ende September 2015 von den Vereinten Nationen verabschiedeten Sustainable Development Goals können Ausgangspunkt für eine solche längerfristige Perspektive sein. Ihnen liegt eine Neubewertung des Verhältnisses zwischen internationaler Migration und Entwicklung zu Grunde: Während internationale Migration noch bis in die 1990er Jahre meist einseitig negativ als Verlust von Humankapital der Entwicklungsländer ("brain drain") und als Sicherheitsrisiko für die entwickelten Länder betrachtet wurde, hat sich zwischenzeitlich eine

deutlich optimistischere Sichtweise auf die Wirkungen von Migration auf Entwicklung entfaltet, die auf zwei wesentliche Dimensionen zurückzuführen ist: Erstens auf die heute weitaus positivere Bewertung der Geldtransfers von Migranten in ihre Heimatländer, die oftmals zur Armutsreduktion und zur finanziellen Absicherung der Familien der Migranten in den Herkunftsländern beitragen und zweitens auf eine Neubewertung der Auswirkungen des brain drains. Auch wenn nach wie vor unstrittig ist, dass die Auswanderung hochqualifizierter Fachkräfte negative Folgen für die Herkunftsländer haben kann, werden heute auch die positiven Auswirkungen durch die möglichen Rückwanderungen von Migranten gesehen, die durch ihre im Ausland erworbenen Qualifikationen zu einer Entwicklung in ihren Herkunftsländern beitragen können. Der Begriff des "triple-win" verdeutlicht diesen Perspektivwechsel, wonach alle Beteiligten – Herkunfts- und Zielländer wie auch die Migranten selbst – einen möglichst hohen Gewinn aus der internationalen Migration ziehen sollen.

Politisch ist diese Neubewertung des Verhältnisses zwischen Migration und Entwicklung einerseits eng mit den Aktivitäten internationaler Organisationen und insbesondere mit den seit dem Jahr 2006 stattfindenden "High-Level Dialogues on Migration and Development" der Vollversammlung der Vereinten Nationen verbunden. Andererseits spielt auf europäischer Ebene der 'Global Approach on Migration and Mobility' eine herausgehobene Bedeutung, der erstmals versucht, eine kohärente und umfassende Migrationspolitik sowohl im Interesse der Zielländer als auch der Migranten und Herkunftsländer konzeptionell zu entwickeln.8 Konkret basiert dieser ,Gesamtansatz' auf vier thematischen Prioritäten und fordert neben der Förderung des internationalen Schutzes und der Eindämmung der irregulären Migration explizit die Erleichterung der legalen Migration sowie die Maximierung der positiven Auswirkungen von Migration auf Entwicklung. Für dessen konkrete Umsetzung entwickelte die Europäischen Union mit dem Ansatz der zirkulären Migration und mit den Mobilitätspartnerschaften im Jahr 2007 zwei "neue Konzepte für eine wirksamere Steuerung legaler Wanderungen zwischen der EU und Drittstaaten".9

Prinzipiell wird unter zirkulärer Migration eine wiederkehrende Wanderungsbewegung verstanden, die mehr als nur eine einmalige Auswanderung und eine später

Europäische Kommission (2011): Gesamtansatz für Migration und Mobilität, KOM(2011) 743 endgültig. Brüssel: Europäische Kommission. Grundlage des Gesamtansatz waren die verschiedenen Aktivitäten der Europäischen Kommission und des Rats der Europäischen Union im Laufe des Jahres 2005, die zur Verabschiedung des Gesamtansatzes zur Migrationsfrage durch den Rat Ende 2005 führte, siehe hierzu: Rat der Europäischen Union (2006): Gesamtansatz zur Migrationsfrage: Vorrangige Maßnahmen mit Schwerpunkt Afrika und Mittelmeerraum. Anlage 1 zu den Schlussfolgerungen des Vorsitzes, 15914/1/05. Brüssel: Rat der Europäischen Union.

Kommission der Europäischen Gemeinschaften (2007): Zirkuläre Migration und Mobilitätspartnerschaften zwischen der Europäischen Union und Drittstaaten, KOM(2007) 248 endgültig. Brüssel: Kommission der Europäischen Gemeinschaften.



erfolgte Rückwanderung umfasst.¹⁰ Ziel ist es zum einen, dem wachsenden Mangel an qualifiziertem Personal in der Europäischen Union durch neue legale Zuwanderungsmöglichkeiten zu begegnen und andererseits die negativen Konsequenzen eines brain drains in den Herkunftsländern durch die fest eingeplante Rückwanderung zu reduzieren. Zur Erreichung dieses Ziels sollen Migranten, die sich bereits in der EU aufhalten, künftig zeitlich begrenzt in ihre Herkunftsländer zurückkehren können ohne ihr Aufenthaltsrecht oder ihre erworbenen sozialen Rechte im Aufnahmeland zu verlieren. Außerdem sollen neue legale Zuwanderungsmöglichkeiten insbesondere für geringer qualifizierte Zuwanderer geschaffen werden, die Interesse daran haben, temporär in der EU zu arbeiten. Denn obwohl die Auswirkungen der Mobilität dieser Personengruppe auf die Entwicklung in den Herkunftsländern besonders positiv eingeschätzt werden, haben sie von der bisherigen Öffnung der Arbeitsmärkte kaum profitiert.

Durch die angestrebten *Mobilitätspartnerschaften* soll zugleich der institutionelle Rahmen für die Zusammenarbeit von EU und Drittstaaten geschaffen werden. Ziel ist es, die Kohärenz der Migrationspolitik mit den Partnerländern dadurch zu erhöhen, dass die Zusammenarbeit und Abstimmungen der Regelungen zwischen den EU-Staaten verbessert sowie die Kooperation zwischen den Mitglied-

staaten und den Partnerländern intensiviert wird. 11 Internationale Wanderungsbewegungen sollen gemeinschaftlich so ausgestaltet werden, dass sie weitestmöglich im Interesse aller Beteiligten sind. In den Partnerschaftsverträgen verpflichten sich die Partnerländer beispielsweise zur Rückübernahme von abgeschobenen (Dritt-)Staatsangehörigen oder zu erhöhter Kooperation bei der Reduzierung irregulärer Migration, während die beteiligten EU-Staaten zusagen, den Arbeitsmarkt für Zuwanderer der entsprechenden Länder zu öffnen und Vorkehrungen zur Eindämmung von brain drain – zum Beispiel durch Rücksichtnahme auf die Bedarfe der Herkunftsländer bei der Anwerbung von Fachkräften – zu treffen.

Zwischen grundsätzlicher Skepsis und technokratischer Umsetzung

Die im 'Global Approach' zum Ausdruck gebrachte optimistischere Sichtweise auf das Verhältnis von Migration und Entwicklung wird nicht von allen Akteuren der Migrations- und Entwicklungspolitik geteilt.¹² Eine vielfach geäußerte Sorge bezieht sich auf die vermuteten eigentlichen Interessen der europäischen Mitgliedstaaten. Eine partielle Öffnung des Arbeitsmarktes ist aus dieser Sicht das 'Zuckerbrot', um Entwicklungsländer zu Kooperationsbereitschaft bei der Migrationskontrolle – z. B. zum Abschluss von Rückübernahmeabkommen – zu bewegen.

Kritisiert wird beim Ansatz der zirkulären Migration, dass er sich kaum von der Gastarbeiteranwerbung früherer Jahrzehnte unterscheiden würde und in der Vergangenheit nur bedingt zu einer Verbesserung der Lebenschancen der Migranten geführt hätte. ¹³ Kritisiert wird weiter, dass dieses Konzept Migranten auf ihren ökonomischen Nützlichkeitsaspekt reduziert und ihre wirtschaftlichen und sozialen Rechte – z. B. Vorsorge gegen ausbeuterische Arbeitsverhältnisse und Übertragbarkeit von Sozialversicherungsansprüchen vernachlässigen würde. ¹⁴ Bei den Mobilitätspartnerschaften konzentriert sich die Kritik insbesondere auf das Ungleichgewicht zugunsten von Maßnahmen der Migrationskontrolle. ¹⁵

Auch die Implementation dieser beiden Politikansätze ist Gegenstand der Kritik, da sie in der Praxis bisher kaum eine Rolle spielen. Die Anzahl und Ausgestaltung bestehender Mobilitätspartnerschaften wie auch die bestehenden Programme zirkulärer Migration wurden bisher überaus technokratisch umgesetzt und sind damit kaum

Wickramasekara, Piyasiri (2011): Circular Migration: A Triple Win or a Dead End. GURN Discussion Paper 15. Genf: International Labour Organisation; siehe auch Angenendt, Steffen (2014): Entwicklungspolitische Perspektiven temporärer und zirkulärer Migration. Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik.

¹¹ Angenendt, Steffen (2012): Migration, Mobilität und Entwicklung. EU-Mobilitätspartnerschaften als Instrument der Entwicklungszusammenarbeit. Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik.

¹² Für einen Überblick zur Kritik an dieser neuen Sichtweise siehe u.a. Faist, Thomas; Fauser, Margit (2011): The Migration-Development Nexus: Toward a Transnational Perspective. In: Faist Thomas; Fauser Margit; Kivisto Peter (Hrsg.): The Migration-Development Nexus: Transnational Perspectives. Houndsmill: Palgrave Macmillan, S. 1-26.

¹³ Triandafyllidou, Anna (2013): Circular Migration at the Periphery of Europe: Choice, Opportunity, or Necessity? In: Triandafyllidou, Anna (Hrsg.): Circular Migration between Europe and its Neighbourhood: Choice or Necessity? Oxford: Oxford University Press, S. 212-236.

¹⁴ Follmar-Otto, Petra (2007): Temporäre Arbeitsmigration in die Europäische Union: Menschenrechtliche Anforderungen. Berlin: Deutsches Institut für Menschenrechte; Forum Menschenrechte (2008): Zirkuläre Migration – Ansätze zur Regelung durch die Europäische Union. Berlin: Forum Menschenrechte.

¹⁵ Brot für die Welt, medico international, Pro Asyl (2013): Im Schatten der Zitadelle. Der Einfluss des europäischen Migrationsregimes auf "Drittstaaten". Berlin, Frankfurt/Main.



in der Lage, in den Herkunftsländern zu substantiellen Entwicklungsprozessen beitragen zu können. Seit der Vorstellung des Instruments der Mobilitätspartnerschaft im Jahr 2007 hat die Europäische Union erst acht Partnerschaften - mit Kapverde, Moldau, Georgien, Armenien, Aserbaidschan, Marokko, Tunesien und Jordanien - erfolgreich abgeschlossen. Die darin enthaltenen Maßnahmen sind in den meisten Fällen marginal und stellen häufig nur eine Zusammenfassung bereits bestehender Maßnahmen dar. Auch hat die Mehrzahl der beteiligten Mitgliedstaaten bislang noch keinerlei finanziellen Beiträge zur Implementation der Partnerschaften geleistet. 16 Es überrascht daher kaum, dass die bestehenden Partnerschaften zu keinem spürbaren Effekt in den beteiligten Staaten geführt haben. Dies gilt noch umso mehr für die zirkuläre Migration, die in Deutschland bislang lediglich zu ersten Pilotprojekten führte, von denen jeweils nur einige hundert Personen profitieren konnten.

Potenziale von zirkulärer Migration und Mobilitätspartnerschaften nutzen

Prinzipiell stellt die Neubewertung des Verhältnisses zwischen Migration und Entwicklung und der darauf aufbauende 'Global Approach' der Europäischen Union eine gute Grundlage dar, um langfristig eine nachhaltigere Gestaltung von Flucht und Migration in den internationalen Beziehungen zu ermöglichen. Die Diskussion der bisherigen Umsetzung dieser Ansätze hat aber auch gezeigt, dass das Potenzial dieser Ansätze zur Gestaltung einer umfassenden und kohärenten Migrations- und Entwicklungspolitik noch kaum genutzt wird. Die bisherige Entwicklung des ,Global Approach' geschah vor dem Hintergrund migrationspolitischer "Krisen": Wurde das erste Konzept im Jahr 2005 nach den Erfahrungen in Ceuta und Melilla vorgelegt, als hunderte Flüchtlinge und Migranten versuchten, auf diesem Weg Zugang nach Europa zu erlangen, entstand die Fortschreibung des Gesamtansatzes im Jahr 2011 als Reaktion auf die Proteste in Nordafrika und im Nahen Osten. Es besteht somit die begründete

In Deutschland beginnt aktuell und zum wiederholten Mal eine Debatte über ein Einwanderungsgesetz und die Zielsetzungen der Migrationspolitik. Auch wenn die Potenziale des "Global Approach" realistisch eingeschätzt werden müssen, stellen die folgenden drei Handlungsoptionen erste Ansätze dar, um in den anstehenden Diskussionen über die grundsätzlichen Ziele deutscher Migrationspolitik das noch dominante Paradigma der Steuerung internationaler Migration stärker an den Interessen der Herkunftsländer der Migranten auszurichten.

- 1. Mainstreaming des "Global Approach" in allen Bereichen der Migrations- und Entwicklungspolitik: Der im "Global Approach" angestrebte Interessenausgleich zwischen Herkunfts- und Zielländern muss in sämtlichen Bereichen der Migrationspolitik umgesetzt werden. Die Verhinderung des brain drain u. a. durch die Rücksichtnahme auf ethische Prinzipien und die Bedarfe der Herkunftsländer bei der Anwerbung von Fachkräften sowie durch die Schaffung von Rahmenbedingungen für den erfolgreichen Wissens- und Technologietransfer sind in diesem Zusammenhang ebenso unverzichtbare Elemente wie die systematische Berücksichtigung der Potenziale und Herausforderungen internationaler Migration im Rahmen der Entwicklungspolitik.
- 2. Zirkuläre Migration für eine tatsächliche Öffnung des Arbeitsmarktes auch für geringer qualifizierte Migranten nutzen: Ansätze zirkulärer Migration und der Öffnung des Arbeitsmarktes auch für geringer qualifizierte Migranten können helfen, um in Staaten des Nahen Ostens, in Nordafrika, aber auch in osteuropäischen Staaten zu einer spürbaren Verbesserung der dortigen Arbeitsmarktsituation beizutragen. Die aktuellen Vorschläge, den deutschen Arbeitsmarkt in einem bestimmten Ausmaß für Personen aus den Staaten des Westbalkans zu öffnen, stellen hier einen ersten wichtigen Schritt dar. Ziel muss es sein, migrations- und sozialpolitische Rahmenbedingungen zu

Hoffnung, dass die aktuell erkennbaren Widersprüche einer vorrangig am Interesse der Zielländer orientierten Steuerung der Migration ein neuerliches "window of opportunity"¹⁷ darstellen, welches die Chance bietet, die oftmals noch hohle Hülle des "Global Approach" mit Leben zu füllen und zu einer wirklichen Reform der Gestaltung von Flucht und Migration zwischen Europa und der Welt zu nutzen.

¹⁶ European Commission (2014): Report on the implementation of the Global Approach to Migration and Mobility 2012-2013, COM(2014) 96 final. Brüssel: European Commission.

¹⁷ Bendel, Petra (2007): Everything under Control? The European Union's Policies and Politics of Immigration. In: Faist, Thomas; Ette, Andreas (Hrsg.): The Europeanization of National Policies and Politics of Immigration. Houndmills: Palgrave Macmillan, S. 32-48.



- schaffen, die Zirkularität zu einer wirklichen Option für Migranten werden lassen, wozu auch Möglichkeiten der Verfestigung des Aufenthalts oder des Familiennachzugs gehören sollten. ¹⁸
- 3. Demokratischere Ausgestaltung der Mobilitätspartnerschaften: Prinzipiell stellen multilaterale Ansätze
 wie die Mobilitätspartnerschaften einen erfolgversprechenden Weg dar, um einen Mangel an Arbeitskräften in den hochentwickelten Staaten zu decken
 und gleichzeitig einen Beitrag zur Entwicklung der Herkunftsländer zu leisten. Voraussetzung ist die Überwindung der bisherigen Unausgewogenheit zugunsten

der Interessen der Mitgliedstaaten der EU nach Reduzierung irregulärer Migration und ohne tatsächliche Zuwanderungsmöglichkeiten für die Partnerstaaten. Des Weiteren sollten Mobilitätspartnerschaften zukünftig auf einem stärkeren demokratischen Fundament basieren. Die Einbeziehung der Migranten wie auch zivilgesellschaftlicher Akteure bei der Verhandlung und Implementation der Partnerschaften würde deren Transparenz und Legitimation deutlich erhöhen und dem Ziel eines Interessensausgleichs entgegenkommen.

_

¹⁸ Skeldon, Ronald (2012): Going Round in Circles: Circular Migration, Poverty Alleviation and Marginality. In: International Migration 50(3): 43-60.



Rückblick

Zwischen neuer Vielfalt und Kontinuität: Wohin entwickelt sich Familie in Deutschland? Wissenschaftliches Symposium anlässlich des 60. Geburtstags von Norbert F. Schneider

Anlässlich des 60. Geburtstags von Direktor Prof. Dr. Norbert F. Schneider veranstaltete das BiB am 25. September 2015 in Wiesbaden ein Symposium, bei dem sich Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus dem Inund Ausland mit der Frage auseinandersetzten, wohin sich die Familie in Deutschland entwickelt. In mehreren Vorträgen wurde anhand spezifischer Fragestellungen der aktuelle Stand der Familienforschung thematisiert und diskutiert.

Das Grußwort zur Veranstaltung sprach der für das BiB verantwortliche Abteilungsleiter im Bundesministerium des Innern, Herr Dr. Jörg Bentmann. Er übermittelte die besten Glückwünsche des Bundesinnenministers Dr. De Maizière und betonte die hervorragende Zusammenarbeit mit der Institutsleitung und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des BiB. Das Engagement des BiB und die hier bereitgehaltene wissenschaftliche Expertise mache das BiB zu einem verlässlichen und wichtigen bera-



Großes Lob für die Zusammenarbeit mit dem BiB: Bei seinem Grußwort lobte der Abteilungsleiter im BMI, Dr. Jörg Bentmann, die Arbeit des Instituts in den vergangenen Jahren. (Bild: BiB, A. Mergenthaler)

tenden Partner des BMI und anderer Ministerien. Er würdigte die Leistungen des BiB in den vergangenen Jahren, etwa im Rahmen der Leitbildforschung oder der Alternsund Mobilitätsforschung und verwies auf wichtige Vorhaben in der Zukunft, etwa die European Population Conference, die 2016 vom BiB ausgerichtet wird und erstmals in Deutschland stattfindet. Er wünsche sich, dass diese erfolgreiche Entwicklung des Instituts auch in Zukunft so weitergehe, so Dr. Bentmann.

Dr. Detlev Lück: Wandel der Familie – Einführung in ein vielschichtiges Themengebiet

Dr. Detlev Lück gab eine thematische Einführung in das Symposium. Er zeigte auf, dass die Familienforschung auf die Frage, wohin sich Familie entwickelt, bis vor wenigen Jahrzehnten relativ einfache und undifferenzierte Antworten bereithielt. Diese seien jedoch von den Entwicklungen seit den späten 1960er Jahren nachhaltig widerlegt worden, so dass die Familienforschung genötigt wurde, sich neu zu erfinden. Eindeutige Prognosen, wohin sich die Familie in Zukunft entwickelt, seien heute nicht mehr möglich, denn es habe sich gezeigt, dass Entwicklungen plötzliche Richtungsänderungen nehmen können. Lediglich über mögliche Szenarien hinsichtlich einzelner Aspekte lasse sich noch spekulieren, sagte Dr. Lück, etwa über eine Zunahme transnationaler Familien oder über eine steigende Notwendigkeit, das Familienleben mit beruflichen Mobilitätserfordernissen zu vereinbaren. Weiterhin sei es heute nicht mehr klar, inwieweit Familienforschung normative Standpunkte beziehen dürfe. Zwar sei es Konsens, dass die Gestaltung des privaten Lebens grundsätzlich Privatangelegenheit ist. Dennoch gebe es möglicherweise Entwicklungen, die man als kritisch einstufen müsse und bei denen man der Politik Hinweise für mögliche Interventionen an die Hand geben könne, wie etwa die ökonomische Abhängigkeit dauerhaft erwerbsloser Hausfrauen oder ungewollte Kinderlosigkeit. Drittens sei heute nicht mehr klar, so Dr. Lück, was Familie eigentlich ist. Blicke man auf die Definitionen von Familie, so werde deutlich, dass der Fami-





Keine eindeutigen Antworten: Die Ursachen für die Veränderungen der Familie in den letzten Jahrzehnten sind komplex und werden in der Wissenschaft kontrovers diskutiert, wie Dr. Detlev Lück (BiB) zeigte. (Bild: BiB, A. Mergenthaler)

lienbegriff über die vergangenen Jahrzehnte zunehmend ausgeweitet worden sei. Da dies aber nicht synchron geschehe, kursierten heute, zumindest vorübergehend, unterschiedliche Begriffe. Daher lauten die beiden Fragen, auf die sich die Familienforschung zu Recht konzentriere und auf die sie am ehesten Antworten geben könne: Wie genau verändert sich die private Lebensführung seit den 1960er Jahren? Und warum? Doch selbst dazu gebe es vielfältige Positionen und Kontroversen, wie der Soziologe skizzierte. In jedem Fall seien der Wandel der Familie und seine Ursachen komplex und verlangten nach komplexen und differenzierten Antworten.

Dr. Jürgen Dorbritz: Starke Differenzierung bei den Fertilitätsmustern in Europa

Wie sich die demografische Situation vor allem im Hinblick auf das Fertilitätsgeschehen in Europa derzeit darstellt, beleuchtete Dr. Jürgen Dorbritz. Die aktuelle Lage ist gekennzeichnet durch einen wellenförmigen Verlauf der Fertilität – es gibt weder einen Anstieg noch einen Rückgang. Hierfür bedürfe es einer Erklärung, betonte Dr. Dorbritz. Insbesondere die Frage, warum es in Ländern mit spezifischen ökonomischen und sozialen Hintergründen ein gemeinsames Auf und Ab bei der Fertilitätsentwicklung gebe, müsse geklärt werden. Charakteristisch für die Fertilitätsmuster in Europa sei derzeit eher eine starke Ausdifferenzierung als eine Annäherung, besonders in Süd- und Osteuropa. Auffällig seien dabei unterschiedliche Trends in den ehemals sozialistischen Ländern. So sei die Fertilität in Polen, Ungarn und



Differenzierte Fertilitätsmuster in Europa: Deutschland gehört nach wie vor zu den Ländern in Europa mit stabil niedriger Fertilität verursacht auch durch eine hohe Zahl kinderloser Paare, berichtete Dr. Jürgen Dorbritz (BiB). (Bild: BiB, A. Mergenthaler)

der Slowakei konstant niedrig, während sie in den Baltischen Ländern, Russland und der Ukraine durch einen Anstieg gekennzeichnet sei.

Beim Gebäralter zeigten sich weitgehend gleichförmige Verläufe und der Anstiegstrend scheint ungebrochen zu sein, analysierte Dr. Dorbritz. Auffällig sei bei vielen europäischen Ländern ein Aufeinanderfolgen zweier Phasen: Auf einen Rückgang der TFR bei gleichzeitig stabilem bis leicht sinkendem Erstgeburtsalter folge ein deutlicher Anstieg im Erstgeburtsalter bei stabiler, leicht schwankender oder leicht ansteigender TFR. Auch dieses Muster müsse näher analysiert werden. Zu klären sei auch, welche Prozesse genau dem "zweiten demografischen Übergang" zuzuordnen seien: Gehe es bei diesem Konzept nur um die Geburtenraten, sei der zweite demografische Übergang in Deutschland seit mehreren Jahrzehnten abgeschlossen. Schließe er den Anstieg des Geburtsalters mit ein, sei er noch in vollem Gange. Beim Blick auf die Lage in Deutschland zeige sich, dass hier die Fertilität stabil niedrig ist und von zyklischen Schwankungen weitgehend unberührt bleibt. Das "deutsche Problem" ist demnach gekennzeichnet durch ein mittleres Geburtenniveau mit einer hohen Kinderlosigkeit von 15 %.

Prof. Dr. Johannes Huinink: Vielfalt von Familie aus der Lebenslaufperspektive

Prof. Dr. Johannes Huinink (Forschungszentrum Ungleichheit und Sozialpolitik (SOCIUM), Universität Bremen) begann seinen Vortrag aus einer theoretischen Perspektive mit einem kritisch reflektierenden Blick auf





Heterogene Abschnitte im Lebenslauf und ökonomische Logik wirken sich auf die Familienformen aus: Prof. Dr. Johannes Huinink (Uni Bremen) analysierte die Ursachen für die Vielfalt von Familienformen aus theoretischer Perspektive. (Bild: BiB, A. Mergenthaler)

ein Zitat von Prof. Schneider zum Thema Vielfalt: Demnach ist "Vielfalt mithin kein Indikator für die Auflösung oder Transformation, sie ist vielmehr eine notwendige Voraussetzung für die Überlebensfähigkeit der Familie". Prof. Huinink betonte, dass er diese Aussage bislang geteilt habe und auch heute nicht gänzlich zurückweise, er schätzte sie aber als zu optimistisch formuliert ein. Aus seiner Sicht habe die neue Vielfalt der Lebensformen unterschiedliche Ursachen: Teils basiere sie darauf, dass Menschen in Familie heute eine Balance zwischen ihrem Bedürfnis nach persönlicher Autonomie und Freiheit und dem Bedürfnis nach Bindung schaffen müssen. Teils sei sie durch eine "Kolonialisierung der Familie" durch die Ökonomie verursacht, also dadurch, dass die Ökonomie der Familie ihre Systemlogik aufzwinge. Dies führe zunehmend zu einem Dilemma zwischen der Autonomie (und damit der ökonomischen Handlungsfähigkeit) der Familie und den notwendigen sozialen Bindungen. Aufzeigen lasse sich dieses Dilemma aus der Perspektive des Lebenslaufs durch einen Anstieg heterogener Verläufe und Sequenzen. Diese Entwicklung führt zu einer Reduktion der gemeinsamen Zeit, die für die Konstitution sozialer Bindungen notwendig ist und macht sie deshalb brüchiger. Als Beispiel nannte er die räumliche Mobilität bzw. das Pendelverhalten, das zunehmend auch zum Problem für Partnerschaften und Familien wird. Zwar sei das Fernpendeln eine Strategie der Familie, um, trotz der Anforderung der Arbeitswelt nach Präsenz an unterschiedlichen Orten, als Familie fortzubestehen, doch die Individuen könnten dies emotional nicht immer verarbeiten.

Dr. Marina Rupp: Merkmale nicht-konventioneller Lebensformen

Mit einem speziellen Typus von nicht-konventionellen Lebensformen befasste sich Dr. Marina Rupp (stellvertretende Leiterin des Staatsinstituts für Familienforschung an der Universität Bamberg, ifb): mit der Entwicklung und Akzeptanz von gleichgeschlechtlichen Paaren bzw. von Regenbogenfamilien. Nach einem kurzen Gang durch die Geschichte der rechtlichen Stellung gleichgeschlechtlicher Beziehungen präsentierte Dr. Rupp anhand von Daten des Mikrozensus 2012 die Größenordnungen und Charakteristika dieser Lebensform. Wie sich die Situation in gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften für die Kinder darstellt, zeigte sie anhand einer Studie des ifb, die auch die Einschätzungen der Eltern abbildet. Demnach entwickeln sich die Kinder, die in gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften geboren werden, unauffällig und gut und bewerten ihre Familie überwiegend als "in Ordnung". Maßgeblich für die kindliche Entwicklung ist daher weniger die aktuelle Lebensform als vielmehr vorherige Trennungserfahrungen bzw. die Entstehungs-



Wie geht es Kindern in Regenbogenfamilien? Dr. Marina Rupp (ifb Bamberg) stellte Merkmale gleichgeschlechtlicher Paare vor und widmete sich vor allem der Situation der Kinder. (Bild: BiB, A. Mergenthaler)



geschichte der Familie, die zu Belastungen bei den Kindern führen können. Was die Verbreitung von gleichgeschlechtlichen Paaren und Regenbogenfamilien angeht, handelt es sich hier um seltene Lebensformen mit spezifischen Charakteristika.

Prof. Dr. Daniela Grunow:

Partnerschaftliche Arbeitsteilung im Beziehungsverlauf

Prof. Dr. Daniela Grunow (Universität Frankfurt) präsentierte eine von ihr (zusammen mit Natalie Nitsche, Wien) durchgeführte Untersuchung. Mithilfe von Pairfam-Daten analysierte sie die Aufteilung der Hausarbeit im Beziehungsverlauf und wie diese durch Einstellungen sowie die sozio-ökonomische Lage beeinflusst werden. Sie stellte zunächst mit Blick auf den Forschungsstand die Entwicklung der Arbeitsteilung im Haushalt in den vergangenen Jahrzehnten vor und verglich die eigene Vorgehensweise mit anderen Forschungsarbeiten. Die Verwendung von Wachstumskurven und Längsschnittdaten ermöglichten es ihr, die Arbeitsteilung in der Partnerschaft im Prozessverlauf und nicht nur anhand einzelner Veränderungen abzubilden. Damit sollte auch die Forschungsfrage beantwortet werden, inwieweit Gender-Ideologie und ökonomische Ressourcen der Partner Prozesse der Aufteilung der Hausarbeit in Deutschland beeinflussen und ob Unterschiede zu früheren Studien erkennbar sind. Die Verläufe bestätigen frühere Erkenntnisse wie beispielsweise die Tatsache, dass die erste Geburt zur Verschiebung hin zu traditionelleren Arbeitsteilungsarrangements führt, betonen aber im Gegensatz zu bisherigen Forschungsergebnissen den starken Einfluss der Ideologie im Vergleich zu den ökonomischen Ressourcen der Partner – die ihrerseits häufig eher Folge als Ursache der partnerschaftlichen Arbeitsteilung seien.

Dr. Anne Salles:

Familienpolitik im deutsch-französischen Vergleich

Aus einer vergleichenden Perspektive skizzierte Dr. Anne Salles (Institute national d'études démographiques, INED, Paris) die Herausforderungen der aktuellen Familienpolitik in Deutschland und Frankreich. Ein direkter Vergleich sei schwierig, da es in beiden Ländern unterschiedliche Prioritäten und Herausforderungen gibt, die vor dem Hintergrund einer unterschiedlichen historischen Entwicklung und Tradition stehen, meinte sie. Zudem muss Frankreich momentan eine Sparpolitik verfolgen, die auch vor der Familienpolitik nicht Halt mache. Dafür ringe Deutschland mit familienpolitischen Defiziten, die in Frankreich längst überwunden seien, wie etwa eine Quotenregelung oder die Förderung von Gleichberechtigung in der Arbeitswelt. Es gibt aber auch gemeinsame Herausforderungen in beiden Ländern, wie zum Beispiel die Gleichstellung von Frau und Mann im Privaten. Trotz aller Unterschiede sei generell eine Annäherung in der Familienpolitik zwischen beiden Ländern spürbar, zumal es europaweit relativ ähnliche Zielvorstel-



Werden Paare zukünftig egalitärer in ihren Einstellungen oder bleibt alles beim Alten? Prof. Dr. Daniela Grunow (Universität Frankfurt) widmete sich dem Thema Arbeitsteilung im Haushalt und den Faktoren, die diese beeinflussen. (Bild: BiB, A. Mergenthaler)



Traditionelle Unterschiede, aber gemeinsame Herausforderungen: Dr. Anne Salles (INED Paris) stellte die Familienpolitik in Deutschland und Frankreich auf den Prüfstand und zeigte Gemeinsamkeiten und Unterschiede auf. (Bild: BiB, A. Mergenthaler)





Welche Themen bestimmen künftig die Agenda der Familienforschung? Dr. Martin Bujard gab zum Abschluss des Symposiums einen Ausblick auf kommende Themen und Trends. (Bild: BiB, A. Mergenthaler)



Rückblick auf gemeinsame Berufsjahre: Über den beruflichen Lebensweg von Prof. Schneider berichtete seine langjährige Kollegin Prof. Dr. Ruth Limmer (Technische Hochschule Nürnberg) in einer unterhaltsamen und geistreichen Laudatio am Ende der Veranstaltung. (Bild: BiB, A. Mergenthaler)

lungen und eine Angleichung in der Gestaltung von Familienpolitik gibt, betonte Dr. Salles. Dieser Konsens trifft allerdings auf eine Umorientierung der europäischen Ziele im Rahmen der Europa 2020-Strategie, in der keine Zielstellung zur Kinderbetreuung mehr genannt und nur noch die Erwerbstätigenquoten insgesamt betrachtet werden.

Dr. Martin Bujard: Ausblick auf weitere Forschungsfragen

Zu guter Letzt fasste Dr. Martin Bujard (BiB) die wesentlichen Ergebnisse der Vorträge zusammen und warf einen Blick auf künftige Forschungsfragen. Dazu gehörten aus seiner Sicht zum Beispiel Auswirkungen der Väterzeit auf Rollen, Bindung und Bargaining ebenso wie die Auswirkungen der gestiegenen Frauenerwerbsbeteiligung. Weiter beobachtet werden müsse auch die soge-

nannte Rushhour des Lebens junger Menschen vor allem im Hinblick auf Verstärkung oder Entzerrung. Zukünftige Entwicklungen im Arbeitsmarkt, in Familienrecht und Familienpolitik seien ebenso von Interesse wie die Frage nach konvergenten bzw. divergenten Entwicklungen in Europa. Es müsse weiter analysiert werden, welche neuen Lebensformen sich wie stark etablieren und ob es zu einer Polarisierung zwischen Kinderlosen und Eltern komme. Von Bedeutung sei vor allem auch die Fertilitätsentwicklung und die Frage, ob und wann es hier zu einer Trendwende kommt, betonte Dr. Bujard. In diesem Zusammenhang müssten auch die wissenschaftlichen Theorien in der Familienforschung immer wieder auf den Prüfstand – vor allem auch im Hinblick auf eine weiter voranschreitende Vielfalt der Familie und ihrer Formen.

Bernhard Gückel, BiB



"Die Generationen rücken zusammen:"

Der Strategiekongress Demografie der Bundesregierung am 22. September 2015 in Berlin

Beim Strategiekongress Demografie am 22. September 2015 in Berlin diskutierten insgesamt 500 Teilnehmer und Teilnehmerinnen über die Chancen zur Gestaltung des demografischen Wandels und im Rahmen von Workshops auch über konkrete Maßnahmen. Im Fokus von drei Workshops standen die Themen "Zusammenhalt aller Generationen", "Wohlstand durch hohe Beschäftigung und solide Finanzen" sowie die "Lebensqualität in Stadt und Land". In die zahlreichen Diskussionen gingen auch die Ergebnisse aus zehn Arbeitsgruppen zur Demografiestrategie ein, die eine Zwischenbilanz ihrer Arbeit seit 2012 präsentierten. Ebenfalls vertreten auf dem Kongress war das Demografieportal des Bundes und der Länder, dessen neuer Online-Dialog zum Thema "Demografischer Wandel - Wohlstand für alle Generationen?" vom Bundesminister des Innern, Dr. Thomas de Maizière, gestartet wurde.



Hintergrund: Demografiestrategie

Mit der Demografiestrategie hat die Bundesregierung einen breiten gesellschaftlichen Dialog angestoßen. Das Demografieportal lädt alle Akteure aus Politik und Verwaltung, aus Wirtschaft und Wissenschaft, Sozialpartner, Verbände, die Zivilgesellschaft und Bürgerinnen und Bürger ein, sich in diesen Dialog einzubringen und über ihre Erfahrungen auszutauschen.

Die ersten beiden Online-Dialoge fanden 2012 und 2013 zu Schwerpunktthemen der Demografiestrategie statt. Ab 2014 wurden die Dialoge auf dem Demografieportal unter dem Format "Gute Praxis im Dialog" weitergeführt. Als Praxisdialoge sollen sie zu einem Erfahrungsaustausch über beispielgebende Projekte in zentralen Handlungsfeldern des demografischen Wandels anregen und handelnde Akteure dabei unterstützen, sich überregional miteinander zu vernetzen.

Eine Zwischenbilanz wurde mit den neuen Ergebnissen aus dem Arbeitsgruppenprozess zum aktuellen Strategiekongress in Berlin gezogen. Im Frühjahr 2017 sollen beim dritten Demografiegipfel konkrete Ergebnisse präsentiert werden.

Der Bundesinnenminister stellte in seiner Eröffnungsrede den Begriff "Wohlstand" in den Mittelpunkt. So wies er darauf hin, dass Wohlstand mehr sei als nur Geld. Allerdings dächten die meisten Menschen bei dem Begriff an materielle Dinge. Sei aber von Wohlbefinden die Rede, verbänden die meisten dies mit immateriellen Dingen. Aber Wohlstand und Wohlbefinden sei beides und so sei auch der Sinn des Titels dieser Veranstaltung "Wohlstand für alle Generationen?" zu verstehen, so de Maizière. Er verwies dabei auf die aktuelle Diskussion zur Flüchtlingssituation und die Bedeutung von Zuwanderung für Deutschland. Die deutsche Demografiepolitik sollte nicht auf dem Zuzug von Flüchtlingen oder politisch verfolgten Menschen aufbauen, da dies am Kern der Aufgaben, die es in Deutschland zu bewältigen gelte, vorbei gehe, meinte er. Es sei der falsche argumentative Ansatz, Flüchtlings- und Zuwanderungspolitik miteinander zu vermischen. Sinnvoll sei es eher, den Fokus weiterhin auf qualifizierte Zuwanderung zu legen.

Große Erwartungshaltung an Eltern

Für die demografische Entwicklung Deutschlands und damit auch den Wohlstand des Landes spielen darüber hinaus viele weitere Faktoren eine Rolle. So stelle sich die Frage, warum junge Paare heute weniger Kinder als früher bekommen. Dazu verwies er auf die Studie des BiB zu "Familienleitbildern in Deutschland", die unter



Viele Fragen und viel Dialogbedarf: Im Zeichen des demografischen Wandels wird sich Deutschland verändern – und das ist auch gut so, betonte der Minister, der das Thema der Konferenz "Wohlstand für alle Generationen?" in seiner Eröffnungsrede beleuchtete. (Bild: Henning Schacht)



anderem die Erwartungen von jungen Menschen an Familie untersucht. Demnach gehe es in erster Linie nicht um Geld oder Betreuungsplätze, sondern auch um immaterielle Dinge. Die BiB-Studie belege vielmehr, dass in Deutschland sehr hohe Ansprüche an das Elternsein gestellt werden - vielleicht zu hohe, kritisierte der Bundesinnenminister. Er regte eine gesellschaftliche Debatte über die "Einstellung zur Elternschaft in unserem Land" an: Eltern müsse der Druck genommen und zugleich die Entscheidung, Kinder zu bekommen, erleichtert werden. Sie sollten ermutigt werden, ihr Streben nach Perfektionismus in ihren Ansprüchen und Wünschen zu reduzieren. Hinzu komme, dass man auch die Großeltern miteinbeziehen müsse, da Ältere in die Generationendebatte aufgenommen werden müssten. Es gebe heute keine Trennung des Lebens von Jung und Alt mehr, sondern die Generationen rückten näher zusammen, so de Maizière. Konflikte zwischen den Generationen wie in früheren Zeiten seien heute nicht mehr vorhanden. Letztlich spiele für den Wohlstand Deutschlands die Tatkraft der Älteren eine große Rolle. Daher müsse es nun darum gehen, flexible Beschäftigungsverhältnisse zu schaffen und den Übergang von der Erwerbstätigkeit in den Ruhestand zu gestalten.

Demografiepolitik durch die "Jugend-Brille" betrachten

Dass die Jugend bei der Gestaltung des demografischen Wandels und der Formulierung einer Demografiepolitik miteinbezogen wird, ist ein Anliegen der Arbeitsgruppe "Jugend gestaltet Zukunft". Sie bietet den



Online-Dialog zum demografischen Wandel: Zusammen mit dem Direktor des BiB, Prof. Dr. Norbert F. Schneider (links), präsentierte sich das Redaktionsteam des seit 2012 vom BiB redaktionell betreuten Demografieportals mit Yvonne Eich und Dr. Stephan Kühntopf. Aktuell bietet das Portal einen Dialog zum Mitmachen über das Thema "Demografischer Wandel – Wohlstand für alle?" (Bild: Henning Schacht)

anderen Arbeitsgruppen zur Demografiestrategie eine Handreichung zur Berücksichtigung der Belange von Jugendlichen. Ihrer Meinung nach müssten die Herausforderun-



gen des demografischen Wandels von allen Altersgruppen gemeinsam gestaltet werden. Zudem appellierte sie an die Gestaltungspartner im Dialogprozess zur Demografiestrategie, bei allen Überlegungen immer auch die Perspektiven der Jugendlichen im Blick zu behalten und deren Vorstellungen und Interessen durch die "Jugend-Brille" zu betrachten. In einer Politik für alle Generationen müsste zusammen mit den jungen Menschen eine offene Diskussion über Generationengerechtigkeit, Lastenverteilung und Lebensqualität geführt werden. In der Diskussionsrunde des Bundesinnenministers und der Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles mit vier Jugendlichen aus dem Projekt "Jugend-Demografie-Dialog" ermunterte der Bundesinnenminister die Jugend, ihre Interessen aktiv zu vertreten. Jugendliche müssten eigene Politikangebote machen, damit die Politik sie einbeziehe, betonte er.

Neuer Online-Dialog auf dem Demografieportal

Zusätzlich zu den zahlreichen Dialogforen erfolgte auf dem Demografieportal des Bundes und der Länder durch Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière der Start eines Online-Dialogs zum Thema "Demografischer Wandel – Wohlstand für alle Generationen?", in dem die Themen und Ergebnisse des Kongresses weiter diskutiert werden können. Zur Diskussion stehen die Fragen, wie



Noch bis zum 15. November besteht die Möglichkeit beim Online-Dialog des Demografieportals mit Beiträgen teilzunehmen. Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière startete den Online-Dialog am Stand des Portals. (Bild: Henning Schacht)



der Zusammenhalt aller Generationen gestaltet werden kann und eine hohe Beschäftigung sowie solide Finanzen zur Sicherung des Wohlstands beitragen können. Darüber hinaus werden Antworten auf die Frage gesucht, wie die Lebensqualität in Stadt und Land gefördert werden kann. Diskutiert werden kann unter anderem mit Parlamentarischen Staatssekretären noch bis zum 15. November 2015.

Bernhard Gückel, BiB

Das BiB beim Tag der offenen Tür der Bundesregierung

Auch in diesem Jahr beteiligte sich das BiB wieder am Tag der offenen Tür der Bundesregierung, der am 29. und 30. August 2015 in Berlin stattfand. Rund 7.000 Besucherinnen und Besucher warfen im Bundesministerium des Innern einen Blick hinter die Kulissen des politischen Betriebs.

Neben zahlreichen Vorführungen, Musikeinlagen oder Führungen durch das Haus waren verschiedene Informationsstände aufgebaut, an denen die Geschäftsbereiche des BMI ihre Arbeit präsentierten. Hier bestand auch die Möglichkeit, sich im Rahmen des Bürgerdialogs über politische Themen auszutauschen. Das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung sowie das Demografieportal des Bundes und der Länder waren mit eigenen Messeständen vor Ort und boten Informationen in Form von Flyern,

Broschüren und Faltblättern, mit denen den Bürgerinnen und Bürgern ein Einblick in die Arbeit des BiB und des Portals vermittelt wurde. Neben einem Quiz und einer Powerpoint-Präsentation konnten die Besucher zudem aktiv an einer Umfrage zum Familienleitbildprojekt des BiB mitwirken, was auf reges Interesse traf. Auch der Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière nahm an der Abstimmung teil, nachdem er die beiden Stände des BiB besucht hatte. Außerdem nutzte der gerade zum Staatssekretär ernannte Hans-Georg Engelke die Gelegenheit, sich an diesem Tag bei den Vertretern des BiB vorzustellen.

Bernhard Gückel, BiB



Was ist Familie? Auch Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière beteiligte sich an einer Umfrage des BiB zu Familienleitbildern in Deutschland. (Bild: C. Fiedler, BiB)



Umrahmt von Dr. Christian Fiedler, Stine Waibel und Yvonne Eich aus dem BiB stellte sich der neue Staatssekretär im Bundesministerium des Innern, Hans-Georg Engelke (zweiter von rechts), vor. Er ist der Nachfolger von Staatssekretärin Cornelia Rogall-Grothe, die Ende Juli 2015 in den Ruhestand getreten ist. (Bild: C. Fiedler, BiB)



Das BiB in den Medien

Neue Mütter- und Väterbilder? -

Kerstin Ruckdeschel über Familienrollen im Kulturgespräch bei SWR 2 am 21. Juli 2015

Vor dem Hintergrund der aktuellen Debatte über die Abschaffung des Betreuungsgeldes warf Kerstin Ruckdeschel im Interview der Sendung SWR2-Kulturgespräch einen Blick auf die Rollen von Vätern und Müttern in der Familie in Deutschland. Auf der Basis von Ergebnissen der BiB-Studie zu Familienleitbildern in Deutschland wies sie darauf hin, dass die Mutter innerhalb der Familie auch in den Augen der Bevölkerung nach wie vor eine dominante Rolle innehat.

Dabei werde die Rolle des Vaters zwar immer wichtiger, allerdings sei sie noch nicht gleichberechtigt mit der der Mutter. Bei den Vätern gebe es vor allem zwei Bilder: zum einen den traditionellen Vater, der als Familienernährer die finanzielle Verantwortung für die Familie trägt und zum anderen den sogenannten "Neuen Vater". Er versucht, sich selbst im Beruf zurückzunehmen und der Familie mehr Zeit zu widmen. Dies treffe auf immer mehr junge Männer zu, betonte Frau Ruckdeschel. Beim Mutterbild hingegen habe sich in Deutschland nach wie vor nicht viel getan, da die unterschiedlichen Lebensmodelle polarisieren. So habe man als Mutter die Wahl zwischen zwei Modellen: entweder ist man als Mutter bei den Kindern zuhause und kümmert sich allein um die Familie oder es wird versucht. Beruf und Familie zu vereinbaren und sich zugleich um die berufliche Karriere zu kümmern. Dabei gelte in Deutschland leider die Tatsache, dass jede Entscheidung für eins beiden Modelle als falsch wahrgenommen werde, ergo: wie man's macht, ist's verkehrt. Eine Ursache für diese Polarisierung zeigt sich in der BiB-Studie: So spielen die eigenen Erfahrungen mit der Berufstätigkeit der Mutter hier eine große Rolle. Es ist für Mütter wesentlich unproblematischer, mit kleinen Kindern arbeiten zu gehen, wenn die eigene Mutter gearbeitet hat und nicht Hausfrau war. Dies erklärt insbesondere auch die höhere Akzeptanz von Müttererwerbstätigkeit in Ostdeutschland, wo das Modell der erwerbstätigen Mutter schon viel länger existiert. Zudem wurde diese Polarisierung lange Zeit von den politischen Strukturen gestützt, so die Soziologin. Da sich nun die politischen Rahmenbedingungen ändern, ergeben sich Erfahrungen, die mit der neuen Vereinbarkeit gemacht werden können, vor allem für die jüngeren Mütter – zumal sie eher für vereinbarkeitsorientierte Modelle offen sind als ältere Müt-

Letztlich müsste ein neues Familienbild auch die Väter stärker in die Pflicht nehmen, d. h. es gibt kein neues Mütterbild ohne ein neues Väterbild, betonte Frau Ruckdeschel. Die Ergebnisse der Studie zeigen, dass nach wie vor ein relativ großer Teil der jungen Befragten das "traditionelle" Modell unterstützt, in dem die Mutter zuhause bleibt und sich um die Kinder kümmert. Dies wird auch in der Öffentlichkeit so wahrgenommen.

Bernhard Gückel, BiB

Weniger gesund trotz guter Gesundheitsversorgung – Dr. Andreas Mergenthaler zum Gesundheitszustand der Deutschen im europäischen Vergleich in der Zeitschrift "Apotheken Umschau" vom 1. September 2015

Im europäischen Vergleich gehört Deutschland zu den Ländern, in denen die Menschen weniger gesunde Lebensjahre verbringen – zugleich wird das deutsche Gesundheitssystem zu den weltweit besten gezählt. Über die Ursachen für diese Diskrepanz sprach Dr. Andreas Mergenthaler mit dem Magazin "Apotheken Umschau" vom September 2015.

Die Ursache dafür, dass Länder wie Schweden, Norwegen oder Spanien den Deutschen in punkto gesunde Lebenserwartung weit voraus sind, liegt in einem Bündel von Faktoren. Es ist daher schwierig, einzelne Ursachen zu identifizieren, betonte Dr. Mergenthaler. So gibt es länderspezifische Merkmale wie zum Beispiel die Ernährungsgewohnheiten in Italien oder Spanien, die Herz-



Kreislauf-Erkrankungen vorbeugen können, oder eine stärkere Prävention vor Krankheiten im Gesundheitssystem von Norwegen und Schweden. Die Deutschen stehen im europäischen Vergleich auch deshalb verhältnismä-Big schlecht dar, weil sie unter anderem ihre gesundheitliche Situation negativer beurteilen als die Menschen in anderen Ländern. Dies wirkt sich auf die Berechnung der gesunden Lebenserwartung aus, weil hier die Selbsteinschätzung der Befragten eine Rolle spielt. Die Wahrnehmung der eigenen Situation differiert zudem innerhalb eines Landes. So neigten sozial schlechter gestellte Menschen dazu, mit gesundheitlichen Belastungen anders umzugehen. Unterschiede gibt es auch zwischen den Geschlechtern, da Männer ihre Lage gerne besser darstellten als Frauen. Dies wäre eine Erklärung für die Diskrepanz zwischen mehr gesunden Lebensjahren für

die Männer in einigen Ländern und der Tatsache, dass Frauen überall länger leben.

Vorgaben der EU-Kommission, die gesunde Lebensspanne bis 2020 um zwei Jahre zu steigern, sind mit hohen Unsicherheiten belastet, zumal die ermittelten Daten jährlich schwanken. Es ist aber trotz-



dem wichtig, die gesunde Lebenserwartung zu messen. Um diese genau einschätzen zu können, bedarf es allerdings der Informationen über die gesamte Lebenszeit eines Menschen hinweg, betonte Dr. Mergenthaler.

Bernhard Gückel, BiB

Die Jungen ziehen weg - Frank Swiaczny über Ursachen von Abwanderung innerhalb Deutschlands im Interview mit der Deutschen Presse Agentur (dpa) am 20. August 2015

Bei der Binnenwanderung gibt es in Deutschland erhebliche Disparitäten, vor allem was die Abwanderung aus den deutschen Regionen betrifft. So berichtete die Zeitung "Die Welt" am 20. August 2015 am Beispiel der Stadt Osterode am Harz über das Fehlen vor allem junger Menschen und sprach dabei von "Landflucht" der Jungen vom Land in die Stadt. Welche Ursachen hinter dieser Entwicklung stecken, die auch andere Regionen bedroht, beleuchtete Frank Swiaczny im Gespräch mit dpa.

Zunächst ist die Antwort auf die Frage, warum vor allem die Jungen aus den ländlichen Regionen abwandern – wie alles in der Wissenschaft – etwas komplexer, betonte Swiaczny. So habe es in früher einen typischen Zyklus bei den Wanderungsbewegungen gegeben, d.h. die jungen Leute gingen zum Studium und zur Ausbildung in die Ballungsräume und zogen dann häufig als junge Familie auf das Land. Mittlerweile machen immer mehr junge Menschen Abitur und ziehen zum Studium in die Stadt. Neu ist dabei, dass heute weniger Menschen wie-

der zurückziehen. Die Ursachen hierfür sind vielfältig: so sei das Leben auf dem Land für viele nicht einfach "uncool", sondern unpraktisch und lasse sich mit einem bestimmten Lebensstil nicht vereinbaren. Schließlich ist es im urbanen Raum einfacher, die Karrieren beider Elternteile und die Familie miteinander zu vereinbaren. So seien die Wege kürzer und die Angebote für Kinderbetreuung bzw. Jobs vielfältiger. Und der Bevölkerungsrückgang in den ländlichen Regionen hat Folgen: Neben den verlorengehenden Einnahmen lohnen sich bestimmte Dienstleistungen nicht mehr, so Swiaczny. Beispiele hierfür seien die Schließung von Schwimmbädern oder von Bankfilialen und die Ausdünnung des öffentlichen Nahverkehrs.

Bernhard Gückel, BiB



Mit dem Flugzeug zur Arbeit und wieder zurück -

Dr. Heiko Rüger über die Ursachen berufsbedingter räumlicher Mobilität im WDR5-Magazin "Neugier genügt – das Feature" am 15. September 2015

Die Zahl der Personen, die in ihrem Erwerbsleben Erfahrungen mit Formen hoher Mobilität gemacht haben, hat in den letzten Jahren zugenommen. Im Interview mit dem WDR5 weist Dr. Heiko Rüger darauf hin, dass man bei Betrachtung aller Mobilitätsformen sagen kann, dass unter den Erwerbstätigen in Deutschland im Alter zwischen 25 und 54 Jahren rund jeder Fünfte hochgradig mobil für seinen Beruf ist. Zudem hat mittlerweile etwa jeder Zweite in seinem Erwerbsleben Erfahrungen mit verschiedenen Formen von Mobilität gemacht.

Für Dr. Rüger sind drei Hauptgründe für die "erhöhte Mobilitätsdynamik" verantwortlich: Zunächst spiele die Globalisierung und Flexibilisierung der Arbeitswelt und der Arbeitsmärkte eine große Rolle. Hinzu komme eine Zunahme der Erwerbsbeteiligung der Frauen und damit tiefgreifende Veränderungen im Bereich von Partnerschaften und Familien. Begünstigt werden wiederkehrende Mobilitätsphänomene auch durch die ausgebaute Verkehrs- und Kommunikationsinfrastruktur, betonte Dr. Rüger.

Dabei beeinflusst die Pendelmobilität viele andere Lebensbereiche, zumal auch Folgen für die Gesundheit drohen. So gibt es zwar nur wenige Befunde zum Gesundheitszustand von Pendlern, aber gewisse Symptome lassen sich nachweisen: Betroffene berichten oftmals von erhöhter Erschöpfung, Zeitdruck und empfundener Stressbelastung, die sich allerdings nicht nachteilig auf die Gesundheit auswirken muss. So seien insbesondere diejenigen, die sich freiwillig für diese Form der Mobilität entschieden, zwar hoch belastet, aber zugleich auch belastbar. Die bisherige Entwicklung lässt vermuten, dass der Trend zu größerer Mobilität weiter zunehmen wird, da vor allem auch international tätige Firmen mobile Mitarbeiter wünschen. Daher plädiert Dr. Rüger für eine gesamtgesellschaftliche Diskussion, wieviel Mobilität möglich und notwendig ist. Diese Debatte steht noch ganz am Anfang, aber sie sollte geführt werden, so der Soziologe.

Bernhard Gückel, BiB

Familienleben in Zeiten der Globalisierung:

Prof. Dr. Norbert F. Schneider über getrennte Generationen bei "Welt Online" vom 18. September 2015

Immer mehr junge Deutsche studieren im Ausland oder machen dort ihre Ausbildung. Diese von Wirtschaft und Politik geförderte grenzüberschreitende Mobilität hat Folgen für das Familienleben. Verändert sich die Beziehung zwischen den Generationen, wenn eine globalisierte (Arbeits-)Welt erhöhte Mobilitätsanforderungen stellt?

Der Familiensoziologe Prof. Dr. Norbert F. Schneider sieht im Gespräch mit "Welt Online" für das Familienleben keine Probleme, denn Abwesenheit bedeute für ihn nicht zwangsläufig eine Abschwächung der Beziehungen zwischen den Generationen.

Sie werden über die Distanz nur anders gestaltet, betonte er. Dank neuer Medientechnologien wie Skype oder

Facebook sowie dem Telefon werde heutzutage auch über weite Distanzen problemlos kommuniziert, zum Teil sogar mehr als früher. Auch wenn die Generationen weiter entfernt von einander wohnen, haben sie nicht weniger miteinander zu tun, konstatiert Prof. Schneider. Diese Entwicklung könne sich sogar positiv für das Familienleben auswirken: Waren die Beziehungen zwischen den Generationen früher oft konfliktreich aufgrund der räumlichen Nähe, so sei das Verhältnis zwischen den Generationen heute auch als Folge der gestiegenen Mobilität der jungen Leute viel entspannter.

Bernhard Gückel, BiB



Vorträge

Dr. Detlev Lück: Was ist eine Familie?

Bei der 12. Konferenz der European Sociological Association (ESA) vom 25. bis 28. August 2015 in Prag stellte Dr. Detlev Lück zentrale Ergebnisse des Forschungsprojekts des BiB zu Familienleitbildern in Deutschland vor. Sowohl in Europa als auch innerhalb Deutschlands gibt es erhebliche Unterschiede in den Mustern des Familienlebens, betonte Dr. Lück. Auf der Suche nach Erklärungsmustern für diese divergierenden Entwicklungen vor allem auch zwischen Ost- und Westdeutschland haben sich sogenannte kulturell verankerte Familienleitbilder als hilfreich erwiesen, wie die sich wechselseitig ergänzenden Resultate eines quantitativen Surveys und einer qualitativen Studie am BiB ergaben. Insbesondere bei der Beantwortung der Frage, welche Vorstellungen von Familie bei den Befragten existierten, ließen sich präzise und vielfältige Konzeptionen nachweisen, die je nach sozialer Gruppe leicht variierten. So äußerte eine große Mehrheit liberale Vorstellungen zur Familienform, denen zufolge jede Konstellation mit Erwachsenen und Kindern oder auch jede Konstellation mit mehreren Menschen, die zusammenleben, als Familie angesehen wurde. Doch zumindest unbewusst waren auch die "klassischen" Formen von Familie als Ehe oder als heterosexuelles Paar mit Kindern fest in den Köpfen fest verankert. Zudem ließen sich durch die qualitative Untersuchung viele Details in den Leitbildern der Menschen erfassen, wie etwa der ideale Wohnort der Familie in einem großen Haus im Grünen. Insgesamt zeigten die Ergebnisse der Studien, dass der Leitbildansatz entscheidende Impulse für die Beantwortung der Frage nach den Ursachen für divergierende Muster des Familienlebens liefern kann, resümierte Dr. Lück.

Dr. Heiko Rüger: Räumliche Mobilität und veränderte Fertilitätsmuster

Gibt es einen Zusammenhang zwischen einem gewandelten Mobilitätsverhalten und der Fertilitätsentwicklung? Dieser Frage ging **Dr. Heiko Rüger** gemeinsam mit den Koautoren **Thomas Skora** und **Prof. Dr. Norbert Schneider** bei der 12. Konferenz der European Sociological Association (ESA) am 26. August 2015 in Prag nach.

Auf der Grundlage von Daten der Studie zu "Job Mobilities and Family Lives in Europe" widmete er sich zunächst der Frage, inwieweit sich das berufsbedingte räumliche Mobilitätsverhalten zwischen den Geburtskohorten verändert hat. Es zeigt sich, dass die Frauen der jüngsten Kohorte stärker mobil sind als die Frauen älterer Geburtsjahrgänge und die Option Elternschaft in geringerem Maße wählen bzw. in einem höheren Alter das erste Kind bekommen, betonte Dr. Rüger. Ein klarer Nachweis eines kausalen Effektes der gewandelten Mobilitätserfahrungen auf die veränderten Fertilitätsmuster lässt sich aus den Analysen allerdings nicht ableiten. Denkbar sei auch eine Umkehrung des Effekts: So könnten die zunehmenden Mobilitätserfahrungen eine Konsequenz der zunehmenden Kinderlosigkeit sein. Auf der Grundlage von Paneldaten der pairfam-Studie wurde daher anschließend untersucht, ob ein Einfluss zirkulärer Pendelmobilität auf den Übergang in die Erstelternschaft besteht. Dabei zeigt sich für Frauen im Alter zwischen 25 und 31 Jahren, dass - trotz vorhandener Fertilitätsintentionen - insbesondere häufige berufsbedingte Auswärtsübernachtungen die Wahrscheinlichkeit reduzieren, innerhalb des Beobachtungszeitraums von vier Jahren den Übergang in die Mutterschaft zu vollziehen. Die Analysen weisen darauf hin, dass zukünftige Forschungsansätze im Hinblick auf die Fertilitätsmuster stärker die gewandelten Muster des Mobilitätsverhaltens beachten sollten, so Dr. Rüger.

Familienkongress im Stuttgarter Schloss: Die Zukunft von Familie und sich wandelnder Arbeitswelt

Wie wird sich die Familie in der Arbeitswelt der Zukunft behaupten und mit welchen Maßnahmen sollte die Familienpolitik die sich wandelnden Bedingungen begleiten? Diese Fragen standen im Fokus des Familienkongresses des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft Baden-Württemberg am 30. Juni 2015 mit dem Baden-Württembergischen Landesminister für Finanzen und Wirtschaft, Nils Schmid, sowie Familienministerin Katrin Altpeter in Stuttgart, bei dem 150 Gäste aus Wirtschaft, Verbänden und Gesellschaft anwesend waren. Anhand von Impulsvorträgen und in einer anschließenden Podiumsdiskussion diskutierten Prof. Dr. Jutta Allmendinger (Wissenschaftszentrum Berlin), Katrin Adt (Daimler





Eine sich wandelnde Arbeitswelt erfordert auch neue Wege in der Familienpolitik und ihrer Vermittlung: In der Podiumsdiskussion des Kongresses wagten Prof. Dr. Jutta Allmendinger (Wissenschaftszentrum Berlin), Katrin Adt (Vice President HR Development & HR Services, Daimler AG), Katrin Altpeter (Familienministerin Baden-Württemberg), Nils Schmid (Finanz- und Wirtschaftsminister Baden-Württemberg) sowie Dr. Martin Bujard (BiB) einen Blick in die Zukunft des künftigen Miteinanders von Familie und Arbeitswelt. (Bild: Ministerium für Finanzen und Wirtschaft Baden-Württemberg).

AG), Nils Schmid, Katrin Altpeter sowie Dr. Martin Bujard (BiB) über Veränderungsbedarf in Familienpolitik und Betrieben. Dabei waren sie sich einig, dass sich die Situation für Familien in einer sich wandelnden Arbeitswelt in fünf Jahren deutlich verbessert darstellen muss und werde. Gewisse Dinge wie beispielsweise temporäre Auszeiten von Müttern und Vätern müssten dann Routine sein. Gewisse neue Entwicklungen wie Vertretungsmanagement für Väter in Elternzeit werden sich in der Zukunft durchsetzen, war die einhellige Meinung. So wies Wirtschaftsminister Schmid darauf hin, dass bis dahin das Ganztagsschulprogramm in Baden-Württemberg massiv ausgebaut sein werde. Katrin Adt skizzierte einige Praxisbeispiele aus ihrer Arbeit als Vizepräsidentin der Personalentwicklung bei der Daimler AG. Familienministerin Katrin Altpeter betonte, dass immer mehr Menschen ihre berufliche Tätigkeit auch mit der Pflege der Angehörigen vereinbaren müssen. Dr. Bujard wies auf die Rolle der Arbeitgeber hin. Schließlich sei vor allem die Kultur in den Betrieben ausschlaggebend, wie die künftige Vereinbarkeit von Familie und Arbeitswelt gelinge. Zudem müsse von Seiten der Politik die Kommunikation der familienpolitischen Leistungen verbessert werden – etwa durch Familienlotsen vor Ort.

Jasmin Passet-Wittig: Deutsche Paare und ihre medizinische Hilfesuche bei Infertilität

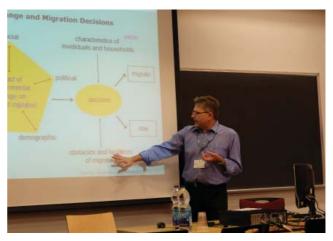
Welche Paare lassen sich zur Erfüllung ihres Kinderwunschs reproduktionsmedizinisch behandeln und wie

beeinflussen die Merkmale und Einstellungen eines Paares den Zeitpunkt der reproduktionsmedizinischen Hilfesuche? Diese Fragen standen im Fokus des Vortrags von Jasmin Passet-Wittig am 11. Juni 2015 beim internationalen FERTIPROGLO-COMPI Meeting zum Thema "Infertility in global perspective" in Porto. Auf Grundlage von Daten der Basiserhebung des interdisziplinären Projekts "Paare in Kinderwunschbehandlung (PinK)" stellte sie eine Typologie von Paaren am Anfang einer Kinderwunschbehandlung vor und quantifizierte deren Gruppengröße. Die Typologie beschreibt die Kinderwunschpaare hinsichtlich ihrer lebensverlaufsbezogenen Merkmale sowie des sozialem Status. Sie ist informativ hinsichtlich der Einbettung des unerfüllten Kinderwunsches und der Kinderwunschbehandlung in die Lebensverläufe der Paare. Im zweiten Teil des Vortrags zeigte Frau

Passet-Wittig, dass der Zeitpunkt der Hilfesuche von der Krankenversicherung und dem sozioökonomischen Status des Paares abhängt. Dazu spielen auch Einstellungen beider Partner zur Kinderwunschbehandlung eine Rolle.

Frank Swiaczny: Ursachen und Handlungsoptionen für umweltbedingte Migration

Bei der Konferenz der European Consortion for Political Research an der Universität Montreal vom 26. bis 29. August 2015 befasste sich **Frank Swiaczny** mit dem Zusammenhang zwischen Migration und Umwelt aus einer konzeptionellen Perspektive. Neben den Formen umweltbedingter Wanderung widmete er sich auch den Voraus-



Warum treffen Menschen die Entscheidung, ihre Heimat zu verlassen? Eine der Ursachen liegt in der Zunahme von Klima- und Umweltrisiken, die gerade den Ärmsten auf der Welt zu schaffen machen, wie Frank Swiaczny in seinem Vortrag zeigte. (Bild: F. Swiaczny)



setzungen für diese Wanderungsentscheidungen. Er zeigte, dass die vielfältigen Ursachen für umweltbedingte Migration verschiedene Formen globalen Handelns erfordern, da die Rechte der Betroffenen auf unterschiedliche Weise bedroht werden und es daher jeweils angepasster Formen des effektiven Schutzes bedarf. Meist sind es

nämlich gerade die am stärksten vom Umweltwandel Betroffenen, die unfähig zur Wanderung sind, weil sie über wenig Ressourcen und Handlungsoptionen verfügen.

Bernhard Gückel, BiB

Comparative Population Studies – News



Heft 3/2015 ist erschienen zum Thema "Research on Divorce: Causes and Consequences"

Der fünf Beiträgen des Bandes beleuchten aus unterschiedlichen thematischen Perspektiven ausgewählte Ursachen und Konsequenzen von Scheidungen. Die Beiträge im Einzelnen:

Oliver Arránz Becker:

The Impact of Union Dissolution and Divorce on Adolescents' and Adults' Relationships with their parents

Eine Trennung bzw. Scheidung stellt ein kritisches Ereignis im Lebensverlauf mit speziellen individuellen Konsequenzen für die Betroffenen dar. Dies gilt sowohl für nichteheliche Beziehungen als auch für verheiratete Paare. Vor diesem Hintergrund beleuchtet der Beitrag auf der Basis von Daten des German Family Panel die sozialen Konsequenzen einer Trennung. Der Fokus richtet sich dabei auf die Frage, wie sich eine Scheidung bzw. Trennung auf die intergenerationellen Beziehungen zwischen Eltern und Kindern auswirkt. Verschlechtert sich nach einem Beziehungsende das Verhältnis zu den Eltern oder wirken die Beziehungen zwischen den Generationen gar als Quelle sozialer Unterstützung?

Ingmar Rapp, Thomas Klein, Sebastian Fronk, Johannes Stauder:

Partner Market Opportunities and Relationship Stability

Für die Wahl des Partners und die Stabilität einer Beziehung spielt neben individuellen Motiven und kulturellen Normen auch der Partnermarkt eine Rolle – besonders im Hinblick auf Beziehungsalternativen. In diesem Zusammenhang widmet sich der Beitrag der Frage, inwieweit sich die Möglichkeit zu individuellen Gelegenheiten auf dem Partnermarkt auf die Beziehungsstabilität aus-

wirkt – und insofern als Risiko für die Partnerschaft angesehen werden kann. Auf der Grundlage von Daten des German Marriage Market Surveys wird auch empirisch bestätigt, dass intensive Kontaktgelegenheiten zum Partnermarkt die Wahrscheinlichkeit einer Trennung ansteigen lassen. Zugleich wirkt sich aber risikomindernd aus, wenn beide Partner die gleichen Freunde und Bekannten haben. Aber auch andere Faktoren wie zum Beispiel die Dauer der Beziehung wirken sich stabilisierend auf die bestehende Beziehung aus.

Matthijs Kalmijn:

Father-Child Relations after Divorce in Four European Countries: Patterns and Determinants

Welche Beziehung haben nach einer Scheidung die Kinder zu ihren Vätern? Antworten auf diese Frage gibt der Beitrag auf der Grundlage der Daten von Zweitklässlern in England, Deutschland, den Niederlanden und Schweden. Für Erklärungen unterschiedlicher Beziehungsentwicklungen werden demografische sowie sozioökonomischen Faktoren und kontextuelle Unterschiede zwischen den Ländern aber auch zwischen Immigranten und Einheimischen herangezogen. Der Fokus richtet sich auf die Lebensumstände nach einer Scheidung, das Ausmaß der Kontakte mit dem Vater und die wahrgenommene Qualität der Beziehung. Demnach haben viele Kinder wöchentlich Kontakt mit ihrem Vater, aber eins von sechs Kindern sieht seinen Vater niemals. Es zeigt sich, dass Väter in Familien mit höherem Status in stärkerem Maße nach einer Scheidung in das Leben der Kinder involviert sind als Väter in Familien mit niedrigerem Status. Dazu hat auch die Erwerbstätigkeit der Mutter einen positiven Effekt auf



das Verhältnis zwischen Vater und Kindern. Am stärksten sind die Beziehungen nach Trennungen in Schweden, in Deutschland dagegen relativ schwach. Die Kinder aus Immigrantenfamilien sehen ihre Väter weniger oft als die einheimischen Kinder. Unterschiede gibt es auch in der zweiten Generation der Migranten: So haben hier besonders Kinder von gemischten Ehen wenig Kontakt zu ihrem Vater.

Miriam Bröckel; Hans-Jürgen Andreß:

The economic consequences of divorce in Germany: What has changed since the turn of the millenium?

Welche ökonomischen Konsequenzen hat eine Scheidung für die betroffenen Paare und wie haben sich diese verändert? Dieser Frage geht der Beitrag auf der Basis von Daten des deutschen Sozio-oekonomischen Panels nach. Untersucht werden die Folgen für fünf Dimensionen: das Sorgerecht für Kinder, Unterstützungszahlungen, Wohnen, Beschäftigung und wirtschaftliches Wohlergehen. Um zu erforschen, ob es hier einen Wandel gegeben hat, werden die Daten vor und nach dem Jahrtausendwechsel miteinander verglichen.

Die Analyse zeigt, dass die ökonomischen Konsequenzen einer Scheidung für die Frauen nach dem Jahr 2000 deutlich negativer ausfallen als für die Männer – obwohl die Erwerbstätigkeit der Frauen zugenommen hat und

Kinderbetreuungsangebote ausgebaut wurden. Allerdings gibt es Anzeichen dafür, dass die Gewinne und Verluste von Trennungen keineswegs einseitig zwischen den Geschlechtern verteilt werden. Nach der Jahrtausendwende nahm nämlich die Abhängigkeit von staatlichen Unterstützungsleistungen nach einer Scheidung nicht nur bei den Frauen, sondern auch bei den Männern zu.

Sabine Walper, Carolin Thönnissen, Philipp Alt: Effects of Family Structure and the Experience of Parental Separation: A Focus on Adolescents' Well-Being

Viele Studien vor allem aus den USA, die sich mit den Folgen von Trennungen und Scheidungen beschäftigen, weisen darauf hin, dass betroffene Kinder und Heranwachsende an den Folgen leiden, wenn sie in getrennten Familien leben. Auf der Grundlage von Daten des deutschen Familienpanels "pairfam" untersucht der Beitrag Unterschiede im Wohlbefinden der Jugendlichen in stabilen Kernfamilien, Alleinerziehendenfamilien mit einer Mutter und Stiefvaterfamilien. Die Resultate belegen wie bereits andere Untersuchungen für Deutschland nur begrenzte Nachteile für Heranwachsende aus getrennten bzw. geschiedenen Familien.

Übersetzung: Bernhard Gückel, BiB

Personalien

Neuer Mitarbeiter am BiB

Seit August 2015 arbeitet Herr **Dr. Tim Aevermann** am BiB als Referent des Institutsdirektors Prof. Dr. N. Schneider und unterstützt zudem den Forschungsbereich 2 "Migration und Mobilität". Er hat an der Ludwig-Maximilians-Universität München Geographie, Volkswirtschaftslehre und Geowissenschaftliche Fernerkundung studiert. Anschließend arbeitete er als Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Lehr- und Forschungseinheit Wirtschaftsgeographie am Department für Geographie der Ludwig-Maximilians-Universität München und promovierte im Rahmen des strukturierten Doktorandenprogrammes am Rachel Carson Center (RCC) in München.

Dr. Detlev Lück als "Vice Coordinator" bestätigt

Im Rahmen der 12. Jahrestagung der European Sociological Association (ESA) ist **Dr. Detlev Lück** am 26. August 2015 im Research Network 13 (RN13) der ESA zum Thema "Sociology of Families and Intimate Lives" als "Vice Coordinator" wiedergewählt worden. In dieser Funktion hat er auch entscheidend an der Organisation der Tagung mitgewirkt.



Buch im Blickpunkt

Dimiter Philipov, Aart C. Liefbroer, Jane E. Klobas (Hrsg.): Reproductive Decision-Making in a Macro-Micro Perspective.

In Europa existiert eine signifikante Lücke zwischen der gewünschten und der tatsächlichen (konstant niedrigen) Fertilität. Dieser Band untersucht daher, welche Faktoren die Fertilitätsentscheidung für Kinder beeinflussen. Dabei richtet sich der Blick sowohl auf individuelle als auch auf soziale und gesellschaftliche Faktoren, die die

Entscheidungsfindung für Kinder beeinflussen.

Am Anfang des Bandes steht die Fertilitätssituation in Europa im Mittelpunkt, die seit Jahrzehnten durch ein kontinuierlich niedriges Geburtenniveau gekennzeichnet ist, das nicht so recht zu den in Umfragen immer wieder gewünschten Kinderzahlen passen will. Wie dieses als "fertility gap" (Fertilitätslücke) bezeichnete Phänomen wissenschaftlich gemessen werden kann (insbesondere die gewünschte Fertilität) ist eine der zentralen methodischen Fragestellungen des Buches. So weisen Aart C. Liefbroer, Jane E. Klobas, Dimiter Philipov und Icek Ajzen in Kapitel 1 darauf hin, dass es gründlicher Definitionen sowie geeigneter Meßinstrumente bedarf, um die Fertilitätsintentionen zu erforschen. Sie sind gewissermaßen die Schlüsselkomponenten bei der Erforschung der Entscheidungsfindung für Kinder.

Fertilität als Zusammenspiel von Makro- und Mikrofaktoren

Die Datenbasis der Studie liefert das EU-Projekt "Research decision making in a macro-micro perspective (REPRO)", das Fertilität als Zusammenspiel von Makro-(z.B. wirtschaftliche oder gesellschaftliche Einflüsse, familienpolitische Maßnahmen) und Mikrofaktoren (der Entscheidungsprozess der Individuen für Kinder) versteht. Bisherige Forschungsansätze haben vor allem den Einfluss der Makrofaktoren wie z. B. der ökonomischen Lage auf die Fertiltitätsentwicklung betrachtet und eine

Verbindung mit der Mikroebene weitgehend ignoriert. Ziel des Buches ist es daher auch, die Makro- und die Mikroebene zu verknüpfen und daraus eine Erklärung für die reproduktive Entscheidungsfindung abzuleiten.

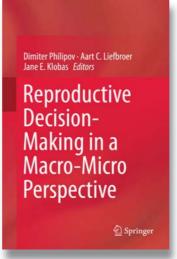
Familienpolitik als Makrofaktor für Fertilität

Dazu vergleicht Olivier Thévenon in Kapitel 2 als einen Faktor der Makroebene die unterschiedlich ausgerichtete Familienpolitik in den OECD-Ländern im Hinblick auf drei zentrale Komponenten, die einen wichtigen Effekt auf die Entscheidung für ein Kind haben können: finanzielle Transfers zur Steigerung des Familieneinkommens, den Anspruch auf Kinderbetreuung für berufstätige Eltern sowie die Unterstützung bei der Verfügbarkeit von Kinderbetreuungsangeboten. Die Analyse zeigt, dass das Ausmaß an familienpolitischen Maßnahmen für Familien mit Kindern in vielen Ländern der OECD in den letzten 30 Jahren ausgebaut wurde, wobei sich allerdings gro-Be Unterschiede hinsichtlich Inhalt und Art der Unterstützung zeigen, vor allem bei der Förderung erwerbstätiger Eltern mit Kindern unter drei Jahren. Aus den

mit Kindern unter drei Jahren. Aus den Ergebnissen geht auch hervor, dass eine über einen längeren Zeitraum gewachsene Familienpolitik (wie z. B. in Frankreich) dazu beiträgt, dass Eltern ihre Fertilitätsabsichten auch umsetzen. Neben der Familienpolitik sind aber auch andere Faktoren wie spezifische Arbeitsmarktbedingungen und Einstellungen zu den Geschlechterrollen von Bedeutung für die Fertilitätsentwicklung.

Enger Zusammenhang zwischen Intention und Verhalten beim Kinderwunsch

Mit den unterschiedlichen Faktoren, die die Entscheidung für Kinder beeinflussen, befassen sich Jane E. Klobas und Icek Ajzen in Kapitel 3. Auf der Basis der sozi-



Das Buch: Dimiter Philipov; Aart C. Liefbroer; Jane E. Klobas (Hrsg.): Reproductive Decision-Making in a Macro-Micro Perspective Springer Verlag 2015 ISBN 978-94-017-9400-8 ISBN 978-94-017-9401-5 (eBook)



alpsychologischen "Theorie des geplanten Verhaltens" (die die theoretische Grundlage der Analysen bildet) sowie der Daten aus acht Ländern des Generations and Gender Survey (GGS) untersuchen sie im empirischen Vergleich die möglichen Effekte unterschiedlicher individueller Hintergründe und Kontexte auf die Intention, innerhalb von drei Jahren ein Kind haben zu wollen und betrachten vor allem auch die Unterschiede zwischen den Ländern. Dabei wird von einem engen Zusammenhang zwischen Intention und Verhalten (also dem tatsächlich umgesetzten Kinderwunsch) ausgegangen. Die Resultate belegen, dass der nationale Kontext eine große Rolle spielt. So gibt es beispielsweise Unterschiede im Hinblick auf die Entscheidungsfindung ein Kind zu wollen. Im Fokus stehen dabei Faktoren wie der relative Einfluss von Einstellungen, subjektive Normen sowie das Alter. Aber auch innerhalb der Länder sind diese Differenzen nicht konsistent. Aus der Analyse geht zudem hervor, dass auch die vielschichtige Entwicklung des Lebensverlaufs bei der Entscheidung eine Rolle spielt, Kinder zu haben.

Positive Haltung gegenüber eigenen Kindern

In Kapitel 4 konzentrieren sich Zsolt Spéder sowie Balázs Kapitány auf diejenigen Menschen, die Kinderwünschen positiv gegenüberstehen. Damit möchten sie ebenfalls auf der Basis der Theorie des geplanten Verhaltens die Faktoren verstehen, die die Umsetzung bzw. Verhinderung der Kinderwünsche beeinflussen. Empirische Grundlage bilden dabei die langfristigen Fertilitätstrends in vier Ländern: den Niederlanden, der Schweiz, Ungarn und Bulgarien. Ihre logistische Regressionsanalyse zeigt, dass das Alter als ein signifikantes Anzeichen für die untersuchte Beziehung zwischen Intention und Verhalten gilt: je jünger die Befragten sind, desto leichter realisieren sie positive Fertilitätsintentionen – und zwar sowohl Männer als auch Frauen. Einen weiteren Einfluss hat auch der Partnerschaftsstatus: So ist in allen vier Ländern eine vorhandene Partnerschaft eine wichtige Vorbedingung für die Umsetzung vorhandener Kinderwünsche. Dabei wurden keine klaren Unterschiede hinsichtlich des Partnerschaftstyps entdeckt. Dagegen spielt eine Änderung des Partnerschaftsstatus sehr wohl eine Rolle: So wirken sich Trennungen negativ auf die Umsetzung von Kinderwünschen aus. Dies wird als Beleg für die These betrachtet, dass Ereignisse im Lebensverlauf die Beziehung zwischen Intention und Verhalten im Hinblick auf Kinder stark beeinflussen können. Großen Einfluss haben darüber hinaus auch die Hintergrundvariablen wie zum Beispiel die Bildung, die Konfession oder der Beschäftigungsstatus, wenngleich hier noch weitere Forschungsarbeit nötig ist.

Individuelle Einstellungen für oder gegen Kinder

Mithilfe eines qualitativen Ansatzes widmen sich in Kapitel 5 Laura Bernardi, Monika Mynarska und Clémentine Rossier den vielschichtigen Dimensionen der Fertilitätsintentionen. Sie betrachten auf der Grundlage vergleichbarer Interviews von 20- bis Anfang 30-Jährigen aus sieben europäischen Ländern (mit überwiegend niedriger Fertilität) die Komplexität des Entscheidungsprozesses, den die Menschen durchlaufen, wenn sie sich für oder gegen Kinder entscheiden. In der Analyse ergibt sich eine große Bandbreite der Positionen der Befragten zwischen den beiden Polen "positive Einstellung zum Kinderwunsch" bzw. "negative Einstellung zum Kinderwunsch". Im Ergebnis wird deutlich, dass Fertilitätsintentionen multidimensionale Konstrukte sind, die mit vielerlei Unsicherheiten (wie zum Beispiel externe Bedingungen, individuelle Entwicklung, konkurrierende Ziele oder persönliche Einstellungen) verknüpft sind, so dass sich der Zeitrahmen für die Umsetzung dieser Intentionen als eine relativ komplexe Aufgabe darstellt. Um das Reproduktionsverhalten der Menschen auf der Basis ihrer Intentionen vorherzusagen, bedarf es daher eines tieferen Verständnisses der Typen und Quellen von Unsicherheit. Nicht zuletzt spielen auch gesellschaftliche Normen eine wichtige Rolle für die Frage, ob Kinderwünsche umgesetzt werden oder nicht.

Normen und ihr Einfluss auf das Fertilitätsverhalten

Wie sich Normen auf das Fertilitätsverhalten in unterschiedlichen Ländern auswirken, untersuchen Aart C. Liefbroer, Eva-Maria Merz und Maria Rita Testa in Kapitel 6. Sie betrachten die Normen als einen der Faktoren, durch die über gesellschaftliche Kontexte der Entscheidungsprozess für das Fertilitätsverhalten beeinflusst wird. Um die Unterschiede in den Normen zu erkennen, wird eine Mehrebenenanalyse mit Daten des European Social Survey durchgeführt, nachdem zunächst verschiedene Typen von fertilitätsbezogenen Normen vorgestellt werden, die sich in Europa zum Teil deutlich unterschei-



den. Eine mögliche Ursache dafür könnte darin liegen, dass in den Ländern, in denen sich die Folgen des zweiten demografischen Übergangs durchgesetzt haben, auch Veränderungen der gesellschaftlichen Normen entstanden sind. Beispielsweise wird in Ländern, die sich in einem vorangeschrittenen Stadium des Übergangs befinden, eine größere Toleranz gegenüber Kinderlosigkeit und nichtehelichen Kindern festgestellt als in Ländern, die sich noch in einem früheren Stadium befinden. Die aufgefundenen Unterschiede deuten darauf hin, dass der soziale Kontext einen großen Einfluß auf die unterschiedlichen Normvorstellungen in Europa hat.

ze und Ergebnisse der einzelnen Beiträge zusammen und leiten Ergebnisse für die Politikgestaltung daraus ab. Sie sind davon überzeugt, dass ein besseres Verständnis der Frage, wie Fertilitätsentscheidungen entstehen und warum sie realisiert bzw. nicht realisiert werden, es den Politikern und Wissenschaftlern ermöglicht, über die beabsichtigten und nichtbeabsichtigten Konsequenzen politischer Maßnahmen für die Umsetzung des Kinderwunsches zu reflektieren und die politischen Maßnahmen danach auszurichten. Grundsätzlich sollte die Politik die Option der Wahlmöglichkeit verfolgen – also sich entweder für Kinder zu entscheiden oder es zu lassen.

Die Folgen für die Politikgestaltung

Im abschließenden Kapitel 7 fassen **Dimiter Philipov**, **Jane E. Klobas** und **Aart C. Liefbroer** die zentralen Ansät-

Bernhard Gückel, BiB

Kurz vorgestellt

Heft 2/2015 der "Zeitschrift für Familienforschung" erschienen

Der Band widmet sich dem Schwerpunktthema "Eltern, Kind, Schule – ein kompliziertes Verhältnis?".

Nach der Einführung in das Thema durch Sabine Walper betrachtet Michael Feldhaus die "familialen Einflussfaktoren auf das elterliche Schulinteresse aus der Sicht von Grundschulkindern."

Sabine Walper, Carolin Thönissen und Philipp Alt gehen den Einflüssen von akademischer Sozialisation und der Verbundenheit mit den Eltern auf die schulischen Leistungen von Kindern und Jugendlichen nach.

Mariana Grgic und Michael Bayer stellen die Frage, inwieweit Eltern und Geschwister als Bildungsressourcen für Schulkinder fungieren.

Katharina Kohl, Julia Jäkel und Birgit Leyendecker untersuchen die elterliche Beteiligung als Schlüsselfaktor für die Einstufung deutscher und türkischstämmiger Kinder aus belasteten Familien durch die Lehrkräfte als verhaltensauffällig.

Der letzte Beitrag von Bettina Arnoldt und Christine Steiner analysiert die Perspektiven, die Eltern im Hinblick auf die Ganztagesschule einnehmen. (Verlagstext)

Impressum



Herausgegeben vom Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung – Ausgabe 5/2015 – 36. Jahrgang

Schriftleitung: Dr. Evelyn Grünheid Redaktion: Bernhard Gückel

Dienstgebäude: Friedrich-Ebert-Allee 4, 65185 Wiesbaden

Telefon: (0611) 75 22 35 E-Mail: post@bib.bund.de Internet: www.bib-demografie.de

ISSN 1869-3458 / URN:urn:nbn:de:bib-bfa0520154

"Bevölkerungsforschung Aktuell" erscheint alle 2 Monate. Die Publikation kann im Abonnement im PDF-Format bezogen werden. Anmeldungen bitte an bev-aktuell@bib.bund.de. Das Heft finden Sie auch auf der Homepage des BiB (www.bib-demografie.de). Nachdruck mit Quellenangabe gestattet (Bevölkerungsforschung Aktuell 5/2015 des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung). Belegexemplar erbeten.